HEINRICH SANDEN

Europa ohne Phrase

DRUFFEL-VERLAG

HEINRICH SANDEN

EUROPA OHNE PHRASE

Wer von der Zukunft spricht, soll das
Eifern lassen, das leere Wort meiden
und sich an das Bleibende halten

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

INHALTSVERZEICHNIS

Zwischen „Ost" und „West" 5
Erinnern wir uns, wie es war 10
Das Kernproblem: Die Nationen 16
Der Koloß im Osten 24
Amerika den Amerikanern — Europa den Europäern 41
Quo vadis, Britannia? 48
Der Faktor Frankreich 53
Die Deutschen nach dem Fegefeuer der Katastrophen 58
Verteidigungsbereitschaft als Grundlage der Weltgeltung 62
Gemeinsame Produktion als Voraussetzung gemeinsamer Stärke 69
Raum im Süden 74
Staatsform und Sozialismus 77
Staatenbund — Bundesstaat 81
Die politische Aufgabe der Generation des Zweiten Weltkrieges 87

1953

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright 1953 by Druffelverlag

Satz, Druck und Bindearbeiten:
Dr. F. P. Datterer & Cie. – Inh. Sellier – Freising.
Printed in Germany.

ZWISCHEN „OST“ UND „WEST“

Die Siebzig-, die Sechzig-, ja auch die Fünfzigjährigen, die mitten unter uns leben, wissen noch aus eigener Erinnerung und Erfahrung, was Europa vor dem Schicksaljahr 1914 gewesen ist. Viele von ihnen, die in jener heute märchenfern erscheinenden Zeit über die Meere gefahren waren, sind lebende Zeugen der großartigen Stellung, die noch vor wenigen Jahrzehnten der weiße Mann – repräsentiert durch den Europäer – in allen Ländern und Völkern des weiten Erdkreises ganz selbstverständlich eingeräumt erhielt: Die Weltmeere wurden unbestritten beherrscht von der Britischen Flotte, es gab keinen Einspruch gegen die reichen Besitzungen fast aller europäischen Staaten in allen Teilen der Erde, die Hauptstädte unseres Kontinents bildeten die Zentren der Weltpolitik und des Welthandels, von hier ging der pulsierende Kraftstrom moderner Leistung aus, hierher kehrte er wieder zurück.

Es lohnt sich fürwahr darüber nachzudenken, welche großartig einmalige Position innerhalb von knapp vier Jahrzehnten verloren ging, weil man sich in die deutsch-französische Spannung, in die britisch-deutsche Rivalität verbiß und zwei Weltkriege darüber entbrennen – und bis heute nicht erlöschen ließ.

Das billige Spiel, die „Schuld“ an dieser bitteren Entwicklung ganz an der Oberfläche zu suchen und sie einzelnen Völkern oder gar Personen zuzuschieben, zunächst

natürlich den Besiegten, ist nur ein propagandistischer Vorgang mit hysterischem Vorzeichen. Versuchen wir tiefer in die Geschehnisse einzudringen, so zeigt sich die erstaunliche Tatsache, daß die Katastrophe der beiden großen Bruderkriege trotz all ihrer furchtbaren Ergebnisse doch einen Kern enthüllt, der uns Mut macht und das Zweifeln und Verzweifeln verbietet: Der Ausgangspunkt der Entwicklung war in keinem europäischem Volk Schwäche, sondern im Gegenteil Stärke – zwar falsch angewandte, aber höchst lebendige Kraft hat unser Schicksal bestimmt.

Wären die europäischen Nationen 1914 und 1939 von außereuropäischen Mächten angegriffen worden und in gemeinsamem Kampf diesem Ansturm erlegen, so hätte dieses Ereignis tiefe Bedeutung – es würde den Niedergang des europäischen Verteidigungswillens, den inneren Zusammenbruch des Machtfaktors bedeuten, der bislang Mittelpunkt der modernen Welt gewesen war.

So aber war die Entwicklung von 1914–1945 gar nicht: zweimal gingen die großen europäischen Nationen zuerst unter sich aufeinander los und erst als sie sich leidenschaftlich zerfleischt und geschwächt hatten, gelang es schließlich den Vereinigten Staaten von Nordamerika und – im Zweiten Weltkrieg – der Sowjetunion das entstellte Weltbild von 1945 und die Lage von heute zu schaffen.

Hätten sich die europäischen Völker in diesen beiden großen Kämpfen als feig und schwächlich, als schreckhaft und lebensüberdrüssig gezeigt, dann würde diese Schrift nicht geschrieben werden. In Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall: wir suchen in der so inhaltsreichen Weltgeschichte vergeblich nach ähnlichen Zeugnissen leidenschaftlichster Tapferkeit und Selbstbehauptung nicht nur Einzelner, sondern ganzer Millionenvölker, nach Beispielen ähnlich zähen Kämpfertums und unerschrockener Tat-

kraft, eines ans Wunderbare grenzenden Lebenswillens, wie sie sich in den Schützengräben des Ersten, in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges, in bittersten Not- und Hungerjahren, in harten Besatzungszeiten, in Bewährungsproben einmaliger Art gezeigt haben.

Was immer der menschliche Geist erfand, um Menschen körperlich zu töten und seelisch zu zermürben, was immer politische Unvernunft betrieb, um europäische Völker niederzudrücken und am Boden zu halten – stärker als alles erwies sich die Kraft dieser Nationen, am Leben zu bleiben und sich allen Wunden zum Trotz immer wieder aufzurichten.

Das Römische Weltreich ging in jahrhundertelangem Abstieg zugrunde – im gleichen Maße, in dem das Römertum sich als Volk aufgab und in der Masse der Kräfte, die es einst besiegt hatte, untertauchte, um so schwächer wurde sein Staat. Rom brach nicht in einer Katastrophe zusammen, sondern es siechte dahin – jahrhundertelang, bis es den germanischen Gnadenstoß erhielt.

Gerade das Beispiel Roms macht uns deutlich, wie anders die Probleme sind, denen die europäischen Völker sich heute gegenüber sehen: Viele – oft die Besten – sind gefallen, das ist gewiß. Millionen sind in Hunger, Brand, in Massenlagern und Austreibungen umgekommen. Wir haben viel, oft Unersetzliches verloren –, aber krank sind wir nicht geworden, Siechtum hat uns nicht befallen. Alle politischen Lagebilder sind nur Spiegelungen von Menschen und Völkern, ihrer Kraft oder ihrer Schwäche, ihres Willens, sich durchzusetzen oder ihrer Bereitschaft, sich aufzugeben. Nur dort, wo Völker untergehen, treten an die Stelle wechselnder politischer Situationen dauernde geschichtliche Tatsachen, nur dort ändern sich die Verhältnisse wirklich. Erst wo der Tod die Nationen ergreift, ist ihre Zukunft besiegelt; solange sie leben,

nehmen sie – oft schweigend – teil am ewigen Wandel des Schicksals, an seiner Gestaltung wirken sie mit, ob sichtbar oder unsichtbar. Solange der Funke Leben in ihnen glimmt, kann immer noch die Flamme der großen Tat aus ihnen hervorbrechen.

Gewiß – der Blick in die Welt von heute ermuntert uns nicht und gibt nur wenig Anhaltspunkte für hoffnungsvolle Zukunftsgedanken. Europa liegt am Boden, wie noch nie in seiner bisherigen Geschichte. Staaten, die noch vor wenigen Jahrzehnten in zweiter Rangstufe standen, sind totale Sieger, sie verstärken ihre Macht Jahr um Jahr, während die europäischen Rest - Regierungen sich nach den Rezepten von 1919 beargwöhnen und befehden, sich nur zu halbem Vertrauen entschließen und überall zum „Halt" blasen, wo wirkungsvolle Zusammenarbeit beginnen könnte. Die russische Macht hat sich antieuropäisch orientiert und territorial bis in das Herz des Kontinents vorgeschoben, der amerikanische Sieger beherrscht die Weltmeere und hypnotisiert mit seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke die schläfrig-streitsüchtigen europäischen Kabinette.

Es lohnt sich, dieser trostlosen politischen Augenblickslage die Verteilung der volksmäßigen Gewichte der weißen Menschheit gegenüberzustellen. Schon ein knappes Rechenexempel ergibt das erstaunliche Bild, daß die außerhalb der sowjetbeherrschten und damit zur Zeit völlig lahmgelegten Zone lebenden Europäer einen Block von etwa 313 Millionen Menschen bilden, während die Sowjetunion mit den von ihr abhängigen europäischen Staaten (einschließlich Ostdeutschlands) zusammen 289 Millionen Weiße, alle nord- und südamerikanischen Staaten einschließlich Kanadas, etwa 330 Millionen umfassen.

Menschenmäßig – und darauf kommt es bei der Beurteilung von Zukunftsmöglichkeiten entscheidend an –

steht also auch das gegenwärtige Westeuropa noch zwischen den beiden weltpolitischen Rivalen der Gegenwart und auf gleicher Stufe mit ihnen.

Da diese dreihundert Millionen Europäer sich auch in den Jahrzehnten – was Tatkraft und Entschlossenheit anlangt – ihren weißen Partnern im Osten und jenseits des Atlantik nicht unterlegen gezeigt haben, gibt es keinen Grund, die Zukunft für verloren zu geben und an unserer Fähigkeit zu zweifeln, eine neue Weltstellung aufzubauen und damit die politische Weltlage wieder in das Gleichgewicht zu bringen, das sie verloren hat, seit Europa zuerst ein Hexenkessel und dann ein Vakuum wurde.

Der Blick in die Welt von heute ist für jeden Europäer eine dramatische Aufforderung, den ganzen geistigen Ballast der Bruderkriege von sich zu werfen und sich mit leidenschaftlicher Klarheit darüber Rechenschaft zu geben: was wir waren, was wir heute sind und was wir gemeinsam werden müssen, um in dieser Welt der Verwirrung wieder der ruhende Pol der Ordnung zu sein.

Eine solche neue Lage wird nicht durch Kapitulation geschaffen – wie immer sie verbrämt sein mag. Am Anfang des neuen Weges steht die Erkenntnis, daß weder Moskau noch Washington die europäische Metropole sein können. Nicht das Schlagwort „West" und nicht die Parole „Ost" geben die Richtung zur europäischen Freiheit an. Den Weg dorthin müssen wir selbst finden und allein gehen.

Die letzten Jahrzehnte haben uns viel genommen, aber sie können uns etwas geben, was dem, der in Macht und Glück dasteht, allzuoft fehlt: ein Ziel, das Geist und Kraft in Spannung setzt, und den Keim weltgeschichtlicher Größe in sich trägt.

Von nichts anderem soll in dieser Schrift die Rede sein.

ERINNERN WIR UNS, WIE ES WAR...

Nur etwa fünf Jahrtausende sind uns als „Weltgeschichte" überblickbar und unserer Kenntnis gegenwärtig. Prüfen wir ernster nach, so ergibt sich, daß auch dieser im Vergleich zum Gesamtalter der Menschheit so bescheidene Zeitraum nur insoferne zum Begriff geworden ist, als wir die Ereigniskette der ägyptisch-griechisch-römisch-europäischen Geschichte vor Augen haben.

Was in den gleichen Jahrtausenden in den Urwäldern Amerikas und Afrikas, was auch in den dichtbesiedelten chinesischen, indischen, polynesischen Räumen sich ereignete – wir wissen es kaum, es blieb belanglos für den heutigen Zustand der Welt, wir bemerken es nur, wenn der Scheinwerfer europäischen Wissensdranges darauf gelenkt wird. Es ist ein eurozentrisches Weltbild, das das Denken der Menschheit beherrscht und von ihr widerspruchslos angenommen worden ist, weil es kein Gegenargument dagegen gibt.

Mag man zur ägyptischen, zur griechischen, zur römischen Geschichte parallele Entwicklungen und Leistungen in chinesischen, indischen, japanischen, auch in indianischen Geschichtsabschnitten entdecken, so bleibt doch die mit der Völkerwanderung eingeleitete moderne Weltgeschichte eine vergleichlos bestehende Leistung europäischer Völker und Männer. Seit damals der germanische Ansturm auf später deutschem, französischem, englischem,

spanischem und italienischem Boden zum Stehen kam, hat sich das Bild des europäischen Kontinents so geprägt, wie wir es heute vor uns sehen. Die drängenden Völkerscharen wurden seßhaft, das Blut der Eindringlinge mischte sich mit dem der Träger des römischen Reiches, das griechische Kulturerbe wurde angenommen und weitergetragen und es formte sich der unübersehbare Strom von Mut, Tatkraft und Genialität, der nun seit anderthalb Jahrtausenden in die Welt hinausströmt.

Fast alles, was seitdem gilt in der Welt – nicht nur an Macht, sondern auch an Recht, Geist, Wissen, Kunst, Lebenshaltung geht zurück auf Menschen der europäischen Völker. Ob wir an die großen Staatenformer, an Philosophen und Erfinder, an Dichter und Musiker, an Bahnbrecher des weltoffenen Lebensstils denken: es wäre sinnlos zu behaupten, sie alle wären Engländer oder Deutsche oder Franzosen oder Spanier oder Italiener gewesen – aber unbestreitbar und felsenfest steht doch der Satz: sie alle waren Söhne europäischer Völker!

Ja, daß wir überhaupt von einer Welt sprechen können, daß unser Blick sich seit Jahrhunderten über den ganzen Erdball ausgeweitet hat, ist allein das Werk dieses leidenschaftlichen Kreises faustisch ins Unbekannte strebender Nationen: es waren nicht Indianer, die über das Meer zu den Küsten Spaniens segelten und nicht Chinesen, die nach Europa vorstießen und nicht Neger, die die britischen Inseln kolonisierten, nein: überall waren es kühne Europäer, die in die Welt hinauszogen – und sie eroberten. Gewiß waren die gerne gebrauchten Formeln von Religion, Humanität und Fortschritt im Munde der europäischen Conquistadoren düstere Täuschungen – meist auch Selbsttäuschungen. In Wirklichkeit wurden weder Glück noch Frieden durch die europäische Welteroberung und Weltbeherrschung verbreitet, an der weltgeschichtlichen

Bedeutung der europäischen Leistung auch für die Völker, die erst dieses Anstoßes bedurften und noch bedürfen, um aus der Dämmerung ihres bisherigen Zustandes in das volle Licht des Tages einzutreten, ändert sich damit wenig. Die Weltgeschichte fragt nicht nach dem augenblicklichen Ereignis, sondern nach der bleibenden Wirkung. Sie bietet auch kein menschlich-sittliches Wertmaß. Deshalb bedeutet die klare Erkenntnis der historischen Leistung und Stellung der europäischen Völker keine Herabsetzung anderer Nationen. Chinesische Kunst, japanische Treue, indische Philosophie, auch die Naturinstinkte sogenannt primitiver Völker sind Elemente, die für sich bestehen – manche von ihnen sind für uns so unerreichbar und unbegreiflich, wie ihnen unser ganzes Denken und Tun.

Die Erkenntnis und geschichtliche Wertung der Verschiedenheit der Menschen und Völker ist weder ein Freispruch noch eine Verdammung. In rein menschlicher Schau wird das Leben eines frommen Buddhisten gewiß als um Vieles erfüllter und sinnvoller zu gelten haben, als das etwa eines britischen Ministers – aber politisch und damit geschichtlich ist das eine bedeutungslos, das andere aber möglicherweise ein Wendepunkt der Weltentwicklung.

Noch einen weiteren Irrtum gilt es auszuschalten: nicht der Raum Europa ist das primär Wichtige, sondern die Völker, die sich in diesem Raume – vielleicht zufällig – gesammelt haben. Deshalb ist die Tatsache, daß ein – geographisch gesehen – außereuropäischer Staat, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in unserem Jahrhundert zum Range einer Weltmacht emporgestiegen sind, kein Gegenbeweis gegen die Tatsache, daß europäische Geschichte und Weltgeschichte im Kern identisch sind: Es sind nicht Indianer und Neger, die jene junge Nation bilden, sondern sie hat sich aus einer kräftigen Mischung von Söhnen fast aller europäischer Völker geformt. Aus

diesem Mischprozeß, der sich in Europa nicht durchgesetzt hat, sondern nur jenseits des Atlantik stattfand, haben sich freilich Unterschiede der Denk- und Handlungsweise ergeben, die es nicht mehr möglich machen, die Begriffe „Amerika" und „Europa" einfach gleichzusetzen. Davon wird noch zu sprechen sein.

Wie auch immer wir die Vergangenheit betrachten, um aus ihr die Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen–, es ist und bleibt Tatsache, daß die vielen Völker, die diese Erde bewohnen, in ihrer geschichtlichen Wirksamkeit und deshalb auch in ihrer politischen Bedeutung verschiedenes Gewicht besitzen und daß die Weltgeschichte bis auf den heutigen Tag europäische Geschichte war und geblieben ist.

Dieser Schwerpunkt ist so deutlich ausgeprägt, daß sich sagen läßt: sollten die europäischen Völker einmal so müde und krank werden, daß sie aufhören, Geschichte zu machen, so wird die historische Zeit in eine wohl ebenso geschichtlose, nachhistorische Periode übergehen, wie ihr eine nebelhafte prähistorische Epoche von mehreren ereignisarmen hunderttausend Jahren vorangegangen ist.

Noch allerdings ist diese Zeit lange nicht gekommen: denn noch leben diese europäischen Völker, volkreicher als je zuvor, lebensmutig und kühn, erfindungsreich und begabt, wie sie seit über tausend Jahren das Bild unserer Welt geformt haben.

*

In diesem Jahrtausend hat sich – allem gegenteiligen Anschein zum Trotz – die europäische Gemeinsamkeit in den bedeutenden Punkten der historischen Entwicklung als eine Realität erwiesen. — Schon die Völkerwanderung und ihr Zusammenprall mit der antiken Welt war ein schicksalhafter Ausgangspunkt, der für alle späteren europäischen Nationen gleichermaßen tiefe Bedeutung gewann. Dann das Christentum (allen vorhergehenden und späteren Er-

scheinungen zum Trotz: eine in ihrem Schwerpunkt schließlich ganz europäische Bewegung!) – war es nicht die erste Revolution, die alle europäischen Völker durchstürmte?! Es lohnt sich, gerade den Gärungen und Umwälzungen nachzuspüren: mit überraschender Deutlichkeit wird dabei sichtbar, daß jede der wirklich wichtigen Entwicklungen im europäischen Raum, jedes ernstliche Ereignis alle die sich herausbildenden großen Nationen: die Italiener, die Franzosen, die Spanier, die Engländer, die Deutschen, wenn auch oft in verschiedener Ausprägung, so doch stets in bedeutender Form, mitergriffen hat.

Wie einst das Christentum keine Angelegenheit Roms blieb, wie das mittelalterliche Reich ein gemeinsames Anliegen war, wie sich die Idee des Rittertums, die Vorstellungswelt der Gotik im ganzen europäischen Raum ausbreitete, so wurde auch später das bis heute fortdauernde Zeitalter der Moderne trotz aller innereuropäischen Rivalitäten, die es mit sich brachte, doch gleichzeitig zu einem gewaltigen Erlebnis gemeinsamen Schicksals, das die europäischen Nationen immer wieder zusammengezwungen hat, auch wenn sie mit aller Kraft auseinanderstrebten.

Gewiß – die kühne Bewegung, die die Erstarrung des Mittelalters löste und die geistigen Kräfte des modernen Europa in Gang setzte: die Renaissance, war zunächst eine Leistung der norditalienischen Stadtstaaten – aber es wäre doch eine zu begrenzte Erklärung, wollte man die Renaissance nur als italienisches Ereignis registrieren. Gerade weil sie eine echte Revolution war, hat sie alle Gleichgearteten bewegt und deshalb durch alle großen europäischen Nationen hindurchgewirkt.

Und wie es damals war, so ist es geblieben: jede echte Bewegung – von Luther zur französischen Revolution und dem 48er Jahr und auch zu den kollektiven Strömungen des 20. Jahrhunderts – hat Wellen in jedem europäischen Volk

geschlagen. Alle bedeutenden historischen Erfahrungen, wie den Sturz jahrhundertealter Autoritäten, die Bildung von Machtstaaten, den Zusammenbruch der Welt des Glaubens und das Heraufsteigen des Reiches der Forschung, glanzvolle Siege, blutige Niederlagen, ja auch Aufstieg und Sturz großer Usurpatoren, haben alle europäischen Nationen, wenn auch zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Formen, aber doch ausnahmslos selbst erlebt.

Das 20. Jahrhundert hat nicht im Prinzip, sondern nur in den Ausmaßen neue Momente in der europäischen Situation zur Wirkung gebracht: das späte Wiedererstehen einer deutschen Großmacht unter den anderen Großmächten, ihr politisches und wirtschaftliches Ausgreifen in eine bereits verteilte Welt, hat die leidenschaftliche Gegenbewegung Englands und Frankreichs ausgelöst und zwei Weltkriege (bereits seit zwei Jahrhunderten sind die europäischen Kriege in der Regel Weltkriege!) zur Folge gehabt, deren Ergebnisse heute vor unseren Augen liegen.

Geschehenes läßt sich nicht mehr ungeschehen machen – es bleibt zunächst harte Tatsache, daß die europäischen Nationen insgesamt in bittere und an manchen Punkten sogar hoffnungslose Verteidigung gedrängt sind. Alle außereuropäischen Besitzungen und Einflußgebiete sind so gut wie verloren, nur baldige entschlossene Initiative kann noch den zentralafrikanischen Raum als koloniales Ergänzungsgebiet für Europa retten.

So hat sich sogar in den Jahrzehnten, in denen nichts anderes unter den Europäern zu regieren schien als der gegenseitige Haß, dramatisch und überzeugend das Gesetz des untrennbaren Schicksals der europäischen Nationen erwiesen. Wird dieses Gesetz nach so viel bitterer Erfahrung nur endlich erkannt und anerkannt – dann ist aller Verlust erträglich, dann haben wir alle nur eine Schlacht verloren, aber nicht die Kraft, die nächste zu gewinnen.

DAS KERNPROBLEM: DIE NATIONEN

Das viele Gemeinsame wird erkannt, wenn danach gefragt wird, vor aller Augen aber liegt das scheinbar Trennende: die Teilung Europas in Nationen.

Ihre Entstehungsgeschichte ist in Dämmerlicht gehüllt. Die ersten Anfänge haben sich wohl schon bald nach der Völkerwanderung, schon im Verlaufe der frühesten Vermischung zwischen den Eindringlingen und den Einheimischen, im Zuge der politischen und sprachlichen Ablösung vom römischen Dominat herausgebildet. Wir wissen von den neuen Lebens- und Sprachbereichen, die wiederum die volksmäßigen Mischungsprozesse in Räumen abgrenzten. Es vergingen Jahrhunderte, bis sie ins Licht der Geschichte traten als deutlich sichtbare und nicht mehr wegzudenkende Faktoren: die Deutschen, die Franzosen, die Engländer, die Spanier, die Italiener, die Russen, die Dänen, die Schweden, die Norweger, ja später auch die Abgesplitterten wie Holländer und Schweizer. Schließlich die Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Serben, Letten, Esten, die Litauer und Finnen – insgesamt eine glanzvolle Liste historischer Größen. Alle diese Völker wurden im Laufe der Jahrhunderte zur Nation, sie waren es nicht von Anfang an, sondern sie wuchsen als Volk biologisch, sprachlich, ideell und schließlich politisch zusammen und entwickelten damit und dadurch das Gefühl untrennbaren Zusammengehörens.

Diese Vergangenheit und ihre enge Verbindung mit natürlichen Vorgängen darf nicht vergessen werden, wenn es gilt, Europas Gegenwart zu begreifen und seine Zukunft vorzubereiten. Jeder Versuch, dieses tausendjährige Leben der europäischen Nationen übersehen oder aus der Zukunftsrechnung ausschalten zu wollen (wie das so manche Europa-Phantasten gerne tun), gehört der Welt der Illusion und nicht einmal der schönen Illusion an. Ist denn nicht gerade das heimatliche Gefühl der Verbundenheit und der Geborgenheit, des gemeinsamen Schicksals und der inneren Verpflichtung, das den europäischen Menschen mit seiner Nation verbindet, eine Quelle seiner Zuversicht und seiner Kraft?!

Nein – die europäischen Nationen, diese ruhmvollen Gemeinschaften, diese Pflanzstätten aller europäischen Leistungen – sie können weder geleugnet, noch können sie aufgelöst werden. Wer europäisch denken will, muß in europäischen Nationen denken, sonst ist seine Rechnung falsch.

So gebieterisch die in unserem Jahrhundert eingetretene Weltlage die Überwindung der politischen Konflikte zwischen den europäischen Staaten fordert, so wenig braucht das blutsmäßige und geistige Spannungsverhältnis zwischen den europäischen Nationen berührt zu werden. Vielleicht ist die so ungewöhnliche Leistungskraft der europäischen Menschen gerade von solchen Polaritätsverhältnissen, wie sie das nahe Zusammenleben so ausgeprägter Volkscharaktere auf engem Raum mit sich gebracht hat, befruchtet worden?!

Andererseits läßt sich sagen, daß eine biologische Untermauerung einer politischen Einigung Europas auf längere Sicht hinaus sehr wohl denkbar und auch wünschenswert erscheint. Das Experiment der Bildung einer solchen neuen Nation aus den Elementen fast aller europäischen Völker

ist im Verlauf von zwei Jahrhunderten jenseits des Atlantik bereits unternommen worden: Das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika bildet einen betont europäischen Querschnitt: Engländer, Franzosen, Deutsche, Italiener, auch Spanier und Iren haben – rasch zusammengeführt durch die englische Staatssprache – einen hundertjährigen rassischen Verschmelzungsprozeß durchgemacht. Es ergab sich der Typ des Amerikaners, der heute schon fest umrissen vor unseren Augen steht und der sich nicht unwesentlich von jeder der Nationen unterscheidet, die zu seiner Formung beigetragen haben. Manche Eigenschaften erscheinen neu und oft überraschend, unleugbar macht sich das Element der Verjüngung geltend, andere Qualitäten, die wir für den Europäer als typisch erachten und ungerne vermissen, scheinen dafür in den Hintergrund getreten zu sein.

In der robusten Welt des ausgehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts werden wir aber vielleicht nicht mehr so wählerisch auf unsere Eigentümlichkeiten bedacht sein dürfen und gut daran tun, für einen so lebhaften blutsmäßigen Kontakt zwischen allen europäischen Völkern zu sorgen, daß sich daraus eine Bluts- und Spracheinheit, eine „Nation Europa" bildet. Ihr Wachstum ist ein Programm für Jahrhunderte!

Heute ist freilich noch kaum der erste Schritt zu solch fernem Ziel getan. Noch müssen nationalistische Fehden im europäischen Raum verhindert oder beigelegt werden. Es geht hier um merkwürdige Dinge: in jedem europäischen Volk hat sich in Jahrhunderten ein Nationalgefühl entwickelt, aber die Steigerungsform „Nationalismus" finden wir nur in einigen ausgeprägt. Wir kennen auf dem Kontinent eine Reihe sehr selbstbewußter Völker – etwa die nordischen–, in denen sich selten oder niemals jenes leidenschaftliche Element geltend gemacht hat, das

einen wesentlichen Inhalt des Begriffes Nationalismus ausmacht. Ebenso suchen wir in der britischen Geschichte vergeblich nach „nationalistischen" Bewegungen oder Ereignissen, so sehr der Nationalstolz ein Merkmal gerade des Engländers ist. Andererseits brauchen wir nur die Entwicklung etwa des irischen oder des deutschen Nationalismus – zwei besonders ausgeprägte Fälle – zu überprüfen, um in ihnen eine von Forderungen erfüllte Steigerung, die vehemente Betätigung des Nationalgefühls, also den Nationalismus als die Wirkung von Ursachen zu erkennen. Es sind Verletzungen des Nationalgefühls, die im Nationalismus ihre Antwort finden. Nirgends ist nationalistische Leidenschaft so gezüchtet worden (es gibt keinen zutreffenderen Ausdruck), als in Irland durch das britische Vorgehen während dreier Jahrhunderte und als im Deutschland des 20. Jahrhunderts durch Versailles und – durch die heute noch nicht ganz beendete Morgenthau-Politik.

Es ist eine tausendmal bestätigte Wahrheit: man versuche eine europäische Nation zu unterdrücken – und sie wird sich leidenschaftlich zu erheben trachten, durch keine Vernunftgründe zurückzuhalten sein, an nichts anderes denken als an ihre verletzte Ehre.

Deshalb gibt es keine wichtigere Voraussetzung für eine politische Einigung Europas als die endgültige Überwindung jener Hypothek von Beleidigungen und Bevormundungen, von Entrechtung und Bedrückung, die aus den beiden Weltkriegen immer noch übrig geblieben ist. Gegen den Nationalismus hilft kein Polizeiknüppel, hier gibt es nur ein Rezept: es müssen die Reibungspunkte beseitigt werden, an denen sich noch immer nationalistische Leidenschaften entzündet haben.

Hierfür ist als Grundforderung der Verzicht jeder europäischen Nation auf volkstums- oder gebietsmäßige Er-

werbungen zu Lasten eines anderen Volkes unseres Erdteils auszusprechen. Es kann und darf in Europa keine Germanisierungs-, Italianisierungs-, Polonisierungs- usw. Bestrebungen mehr geben, es kann nicht mehr nach Gebietserwerbungen jenseits der seit Jahrhunderten festliegenden Völkergrenzen Ausschau gehalten werden.

Eine solche bedingungslose Anerkennung der historisch gewordenen und zusammengewachsenen nationalen Einheiten ist die entscheidende Voraussetzung, die conditio sine qua non für die ernstliche Erreichung europäischer Gemeinschaftsziele. Wer das Schicksal Europas vor Augen hat, muß als erstes mit Gewissenhaftigkeit darüber wachen, daß niemals und nirgends, in keinem Einzelnen und in keinem Volk ein innerer Konflikt zwischen Nationalgefühl und europäischer Haltung entsteht oder auch nur entstehen kann. Im Gegenteil: es möge dafür gesorgt sein, daß die uns vertraute Leistung für unser Volk stets und überall dem Dienst an Europa identisch bleibt.

Das müssen wir sein können: gute Deutsche, gute Franzosen, gute Engländer, gute Italiener, gute Spanier – und trotzdem bewußte Europäer!

*

In drei große Völkergruppen scheiden sich die europäischen Nationen: die Germanen, die Romanen und die Slawen. Man hat den ersteren den Mut, den anderen den Intellekt und den letzteren das Gemüt als Charakterschwerpunkt zugeschrieben. Wie alle solche Formeln, lassen sie sich nicht als Regeln anerkennen, es sei denn, man lasse weitgreifende Ausnahmen als Bestätigung gelten. Sicher ist nur, daß jede der drei rassischen Gruppen vollwertig der Welt des weißen Mannes angehört – aber auch, daß sowohl die Germanen, wie die Romanen, wie die Slawen

in der Geschichte nicht nur durch verschiedene charakterliche Anlagen, sondern auch durch unterschiedliche Verhaltensweisen gekennzeichnet sind und daß sich ihr Gewicht in den weltpolitischen Entwicklungen in oft gegensätzlichen Richtungen geltend gemacht hat und noch macht.

Die europäische Geschichte ist voll von kämpferischen Begebenheiten, die sich als Auseinandersetzung zwischen dem Slawentum und dem Germanentum und zwischen Germanen und Romanen begreifen lassen.

Was den romanisch-germanischen Konflikt betrifft, der noch aus der Atmosphäre des niederbrechenden Roms seine ersten Impulse erhalten haben mag, so ist seine endgültige Überwindung gewiß ein Problem, ohne dessen Lösung jeder Gedanke an eine machtvolle europäische Einigung ins Feld der Utopie verwiesen wird. Es ist lohnend, sich an den fast fünfhundertjährigen Kampf zwischen England und Frankreich zu erinnern, um zu wissen, daß auch die deutsch-französische Dissonanz trotz ihrer langen und inhaltsreichen Geschichte überwunden werden kann, wenn eine zwingende Überzeugung auf beiden Seiten die mehr psychologischen als realen Hindernisse hinwegfegt.

Schwieriger wird sich das Problem der friedlichen Einordnung des Slawentums in ein europäisches Programm der gegenseitigen Volkstumsanerkennung erweisen — immer noch ist die heftige Bewegung im Fluß, die anspruchsvoll aber nicht ganz richtig als „Eintritt der Slawen in die Geschichte" bezeichnet wird und die sich seit hundert Jahren in einem oft militanten Drängen nach Westen politisch ausdrückt. Die Lage hat sich verschärft, seit fast alle slawischen Völker als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges durch Rußland politisch zusammengefaßt sind und seit Stalins Politik nach 1945 durch die Austreibungsmaßnahmen die Brücken einer Verständigung zwischen Deut-

schen und Slawen gründlich zerstört hat. Der europäische Plan wird freilich das slawische Element nicht auf die Dauer außer Acht lassen können – zu bedeutend ist auch der slawische Anteil an der Welt der Gegenwart und zu klar ist es, daß ein Europa ohne Slawen ein Rumpfgebilde wäre. Mag der slawische „Drang nach dem Westen" noch zu einer harten Auseinandersetzung führen oder mag er sich aus dem Widerstand der westslawischen Völker gegen die Moskauer Vorherrschaft selbst korrigieren – die großeuropäische Lösung wird erst vollendet sein, wenn nicht nur Germanen und Romanen, sondern auch Germanen und Slawen einen gemeinsamen Weg gefunden haben.

*

Als vor anderthalb Jahrtausenden die Germanenstämme aufbrachen, um das Römerreich zu erobern, taten sie es wahrscheinlich in der Hoffnung, sich eine blühende friedliche Heimstätte zu erkämpfen. Es ist anders gekommen: die Eroberer lebten sich auseinander und wuchsen schließlich gegeneinander empor. Das Suchen und Streben nach dem gemeinsamen Reich hat trotzdem nie aufgehört, in ihnen zu wirken.

Der Glaube, daß ein Mann berufen sein könne, ein solches Reich bleibender Größe zu schaffen, hat einst den Nimbus eines Napoleon, eines Adolf Hitler weit über den Kreis ihrer Nation hinaus begründet. Beide sind gescheitert an der historischen Grundtatsache der Teilung Europas in traditionsreiche, machtvolle Völker; sie verträgt keine Hegemonie eines einzelnen. Nur in ganz kurzen Episoden haben sich solche europabeherrschende Autoritäten eines Einzelvolkes aufrichten lassen. In den Jahren 1809 bis 1812 war Frankreich, von 1940 bis 1942 Deutschland die europäische Macht – aber beide Male umfaßte ihr Ein-

fluß weder England noch Rußland, beide Male waren die Widerstandskräfte verletzter Nationalgefühle stärker als der stärkste Mann und die bestgerüstete Wehrmacht. Auch der andersgeartete britische Versuch, sich eine Art europäischer Hegemonie durch ein politisches Prinzip zu sichern, ist in zwei Weltkriegen gescheitert.

Nach all diesen Erfahrungen bleibt nur ein Weg noch offen: die Einheit Europas in Gleichheit herzustellen. So schwierig dieses Programm erscheint – die Zeit ist dennoch reif dafür.

DER KOLOSS IM OSTEN

Vor einiger Zeit erregte der Ausspruch eines Bonner Staatssekretärs, er habe in der Schule gelernt, daß der Ural die Grenze Europas bezeichne, kurzdauerndes internationales Aufsehen. Die eilig aber vergeblich dementierte Äußerung war insoferne entschuldbar, als wir tatsächlich in der Erdkundestunde dahingehend belehrt worden sind, daß der genannte Gebirgszug die Scheidemarke zwischen zwei Erdteilen sei; die geographische Wissenschaft pflegt auch heute noch von einem europäischen und einem asiatischen Rußland zu sprechen. Geschichte freilich wird nicht von Landstrichen und Bodenerhebungen, sondern von Menschen und Völkern gemacht. Da gerade im Falle Rußland diesseits und jenseits des Urals das gleiche Reich und das gleiche Volk herrschen, sind hier geographische Lehrsätze für das politische Urteil besonders irreführend.

Die Frage nach den Grenzen Europas führt unvermeidlich zum Problem: „Gehört Rußland zu Europa?" Noch zur Zeit der Renaissance wäre das eine unverständliche Fragestellung gewesen. Damals – wie in den vorhergegangenen Epochen europäischer Geschichte – war der russische Raum eine für den europäischen Menschen bedeutungslose terra incognita. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts wurden die politischen und geistigen Grenzen Europas von der Ausdehnung des türkischen Machtbereiches bestimmt. Nur insoweit es mitwirkte, die türkische

Drohung auszuschalten, trat das Reich Peters des Großen in das Blickfeld der damaligen kontinentalen Politik; seine Auseinandersetzung mit Karl XII. ging Schweden an, aber sonst noch kaum eine europäische Macht. Erst Jahrzehnte nach Peters Tod, in der Allianz Österreichs und Frankreichs gegen den preußischen König Friedrich den Großen wird das Land im Osten ein Faktor in der Politik der Kabinette. Unmittelbaren Anschluß an das politische Geschehen des Kontinents findet der sich kräftig entwickelnde Zarenstaat mit der Aufteilung des zusammenbrechenden Königreiches Polen unter Preußen, Österreich und Rußland. Erst bei diesem Ereignis wird Peters des Großen Tat, die Tore nach Westen zu öffnen, in Europa ernstlich und für die Dauer zur Kenntnis genommen.

Von jenem Jahre 1772 an, das die erste Teilung Polens brachte, bis zum heutigen Tag wurde das Verhältnis Rußlands zu Europa und insbesondere zu Deutschland von der wechselnden Einstellung der russischen Machthaber zu Polen beeinflußt: die Interessengemeinschaft mit Preußen und Österreich zu Ende des 18. Jahrhunderts gründete sich auf die Teilungen polnischen Gebietes; die Freundschaft Alexanders I. mit Napoleon nach dem Frieden von Tilsit hatte Preußen mit seinen polnischen Besitzungen zu bezahlen; die Abkehr Rußlands vom französischen Kontinentalsystem wurde ernstlich von der napoleonischen Absicht einer Wiedererrichtung des polnischen Staates beeinflußt; 1813 mußte Rußlands weitere Teilnahme am Kampf gegen den Korsen mit freiwilligem Verzicht auf polnische Gebiete zugunsten des Zaren erkauft werden. Auch die heute vielfach falsch gedeutete Rußlandpolitik Bismarcks – dem es vor allem darauf ankam, eine antideutsche Allianz des Zarenreiches mit Frankreich und Österreich, also die Konstellation des Siebenjährigen Krieges, zu verhindern – gründete sich entscheidend auf die

„übereinstimmenden Bedürfnisse in der polnischen Frage", wie sich der große Kanzler in seinen „Gedanken und Erinnerungen" überzeugend ausdrückte. Aber schon Bismarck hatte sich gegen Ende seiner Kanzlerschaft – insbesondere nach dem Berliner Kongreß – in wachsendem Maße mit den Strömungen auseinanderzusetzen, „die innerhalb des russischen Cabinetes der anti-polnisch-monarchische und der polonisierende panslawistische Einfluß gegeneinander spielten". Der Sieg dieses panslawistischen Einflusses vollzog sich noch im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts. Der Gedanke an die Aufrechterhaltung der russischen Westgrenze trat zurück hinter dem Wunsche, ein russisches Protektorat über alle slawischen Staaten zu errichten und sie zum Kampf gegen das germanische Mitteleuropa zu mobilisieren. In der Richtung dieser Politik lag die Allianz mit Frankreich, die zum Ersten Weltkrieg führte; sie setzte sich nach dem Wiedererstarken des zusammengebrochenen Rußlands fort in den Molotow-Forderungen an Hitler, in der Teilnahme Moskaus am Belgrader Simowitsch-Putsch Ende März 1941 und schließlich in den Eroberungen, die Stalin im Verlauf und im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg von seinen Bundesgenossen auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei und in Polen zugebilligt erhielt.

Bismarck hatte Rußland „die Verwendung seiner überschüssigen Kräfte nach Osten hin" empfohlen, dem Hitler-Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister lag eine ähnliche Idee zugrunde: tatsächlich finden sich in der Geschichte des modernen Rußland manche wichtige Epochen, in denen dieses Reich seine große Aufgabe im Pionierzug nach Asien erkannte und in diesem kühnen Streben echt europäische Wesensmerkmale entwickelte und geschichtliche Leistungen vollbrachte. Von der Vertreibung der Türken bis zur Durchdringung Sibiriens und – in unserer

Zeit – der kraftvollen Einflußnahme im mandschurisch-chinesischen Raum gibt es stolze russische Traditionen, die gleichzeitig entscheidende zivilisatorische Kraftentfaltungen für Europa waren und sind.

Die entgegengesetzte Richtung russischer Politik: der konzentrische Ansatz der slawischen gegen die germanischen Völker, die Bündnisse mit dem Westen zur Zermalmung Kern - Europas, die Entwicklung russischer Machtansprüche im mitteleuropäischen Raum, hat sich freilich in den fünfzig Jahren unseres Jahrhunderts als vorherrschend erwiesen. Stalin hat die Politik der panslawistischen Intriganten am Zarenhof noch ein Stück weitergetrieben: die Idee des russischen Protektorates über alle slawischen Staaten hat er in eine handfeste Besitzergreifung umgesetzt und außerdem hat er durch die Austreibungsmaßnahmen in Ostpreußen, Danzig, Wartheland, Pommern, Schlesien und Sudetenland die slawische Volksgrenze angriffsbereit in den Westen vorverlegt. Dieser gewaltige Vorstoß ist ein antieuropäisches Unternehmen ernstesten Ausmaßes: er greift die Existenzgrundlagen aller nichtslawischen europäischen Völker an, er preßt machtpolitisch auf einen an sich schon übervölkerten Raum und steigert den europäischen Explosionsdruck zur Katastrophengefahr. Alles Moskauer Friedensgerede ist inhaltslos und täuschungsgeschwängert, solange nicht diese Richtung der russischen Politik einen grundlegenden Wechsel erfährt.

*

Unvermeidlich erhebt sich die Frage nach den wahrscheinlichen Bewegungen des russischen Kolosses in naher Zukunft. So unzweifelhaft die politische Gesamttendenz des Stalinschen Rußlands sich gegen den Westen richtet und einer Zukunft zustrebt, die das Ende Europas be-

deuten müßte, so wenig scheint die Hast und Nervosität begründet, mit der manche Politiker, die sich früher nicht genugtun konnten mit Prophezeihungen über eine „demokratisierte, friedliebende Sowjetunion", nun nach dem Erwachen aus diesem Traum täglich und stündlich Stalins Überfall befürchten.

Das europäische Urteil über die heutige weltpolitische Situation leidet meist unter dem optischen Eindruck, den die Landkarte vermittelt: allzu geringfügig, ja fast lächerlich nimmt sich der kleine, durch zahllose Grenzen zerfranste europäische Raum gegenüber der gewaltigen einheitlichen Fläche aus, die das sowjetische Reich bedeckt. Unbestreitbar verkörpert diese große Landmacht ein riesiges wirtschaftliches und militärisches Potential – aber schon hier ergibt sich eine Korrektur gegenüber dem rein visuellen Eindruck bei der Betrachtung der Karte: der menschenmäßige Schwerpunkt Rußlands liegt eindeutig im europäischen Rußland – von den heute schätzungsweise 180 Millionen Einwohnern der Sowjetunion leben etwa 140 Millionen westlich des Urals. Die ganze riesige Fläche Sibiriens wird von einer Einwohnerzahl bevölkert, die knapp der Westdeutschlands entspricht!

Wenn also Stalin die weltpolitische Situation von seiner Seite aus überprüft, dann tut er es unter dem Blickwinkel des europäischen Rußlands, denn in diesem Raum verkörpert sich die russische Machtstellung, die sich durch 1945 so sehr verstärkt hat. Hinsichtlich des durch Yalta und Potsdam geschaffenen europäisch-russischen Kräfteverhältnisses ergeben sich für den Kreml verschiedenartige Perspektiven. Die für Stalin erfreulichste ist die atemberaubende und kraftlähmende Angstpsychose des Westens, der auf den „russischen Koloß" starrt wie das Kaninchen auf die Schlange. Stalin, der das Ende seines Reiches schon einmal unmittelbar vor Augen hatte und deshalb ein

nüchterner Beurteiler seiner eigenen Lage sein dürfte, wird sich klar über die Tatsache sein, daß bevölkerungsmäßig eine Kräftebalance zwischen Ost- und Westeuropa besteht und daß nur Rüstungs-Unterschiede das Verhältnis derzeit zu Rußlands Gunsten verändern. Hierbei wird er an drei Problemen nicht vorübergehen können, die wir hier nur kurz skizzieren – der Mann im Kreml kennt sie vermutlich genauer und hat sie noch deutlicher vor Augen:

1. Das Problem der Verbündeten. Die Sowjetunion hat sich nach 1945 nicht auf die Wünsche der Westmächte eingelassen, die in Polen, der Tschechoslowakei usw. eine Art politisches Glacis zwischen sich und Rußland schaffen wollten. Moskau hat auf klarer innen- und außenpolitischer Abhängigkeit dieser Staaten bestanden und ihnen eine sowjetrepublikanische Struktur gegeben, die für Überraschungen keinen Platz mehr läßt. Trotzdem können diese neuentstandenen Randstaaten in der sowjetischen Rechnung nicht als vollwertig eingesetzt werden, ja sie müssen, wenn die Rechung richtig sein soll, trotz aller Gottwalds und Bieruts als Unsicherheitsfaktoren gewertet werden. In manchen dieser Staaten ist das mit Rußland verbündete Regime auch noch deshalb unpopulär, weil es die Herrschaft von Slawen über Nicht-Slawen repräsentiert (die sich noch nirgends in der Welt reibungslos verwirklichen ließ). Sogar in der Tschechoslowakei und in Bulgarien hat der dort seit einem Jahrhundert lebendige panslawische Idealismus durch die Umsetzung in die Wirklichkeit an Kraft verloren. Daß die Polen, Ungarn und Rumänen niemals russenfromm werden, bedarf keiner Unterstreichung. Gewiß gibt es dort für Stalin keine unmittelbaren innenpolitischen Gefahren – die von ihm eingesetzten Regime sind sicher tatkräftig genug, um sog. „Untergrundbewegungen" zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Ernstliches Gewicht gewinnt die Unpopulari-

tät der dortigen Regime ausschließlich hinsichtlich des Kampfwertes der in diesen Ländern aufgestellten militärischen Einheiten. Wie sehr man sich in Moskau mit diesem wichtigen Problem befaßt, zeigt die Tatsache, daß in allen diesen verbündeten Ländern die militärischen Schlüsselstellungen durch russischen Befehl – in einigen Fällen sogar mit russischen Offizieren – besetzt wurden und werden. Auch dies ist eine Maßnahme, die sich für und gegen die Russen auswirkt. Natürlich verhindert die scharfe Kontrolle, daß etwa die Armeen der Verbündeten zu antisowjetischen Verschwörerzentralen werden – aber auch sogenannte personalpolitische Überwachung wird kaum die so energisch Kontrollierten recht kampfkräftig und -freudig machen können. Den Ungarn und Rumänen gegenüber befindet sich Stalin gewiß in einer ähnlichen Lage, wie seinerzeit Hitler – dieser hatte zu überlegen, ob er seine Verbündeten mit modernen Waffen ausstatten sollte. Tat er es, so mußte er befüchten, daß die guten Waffen entweder alsbald in die Hand des Gegners fielen oder gar in einer Krise gegen deutsche Soldaten Verwendung fanden – wurden die Verbündeten aber nicht ausreichend ausgerüstet, so konnte ihren Divisionen kein ernstlicher Kampfwert beigemessen werden und alle einigermaßen schwierigen Aufgaben mußten die eigenen Verbände übernehmen. Im Kreml wird man ähnlich rechnen müssen und für den Fall eines kriegerischen Konfliktes nur die russischen Armeen ernstlich in das strategische Kalkül einsetzen können. Auf die polnischen, tschechischen, ungarischen, rumänischen Divisionen kann das sowjetische Oberkommando möglicherweise für den Fall erfolgreichen Vormarsches zählen – gegenüber harten militärischen Aufgaben und in entscheidenden Krisen müßten sie ebenso versagen, wie westdeutsche Truppen, die unter unehrenhaften Bedingungen in den Kampf geschickt würden.

2. Die strategische Situation Europäisch-Rußlands, aus dem die Rote Armee im Falle einer sowjetischen Offensive vorzubrechen hätte, ist nicht so günstig, wie sie dem Laien auf den ersten Blick erscheinen mag. So viel Raum Stalin auch 1945 gewinnen konnte – zwei wichtige Punkte hat er doch nicht erreicht: den unmittelbaren Zugang zur Nordsee und die Dardanellen. Der Zugang zum Mittelmeer, den er über Jugoslawien erhalten hatte, ist ihm durch den Konflikt mit Tito wieder verloren gegangen. Durch diese Affäre, die sich Stalin unverständlicherweise bieten ließ (oder mit Rücksicht auf die eigenen damaligen Kräfteverhältnisse bieten lassen mußte?!), hat auch die strategische Lage Rußlands im mitteleuropäischen Raum eine ernste Verschlechterung erfahren. Durch das Abschwenken Titos in das Lager des Westens besteht für Rußland die Gefahr, daß im Falle eines großen Zusammenstoßes der Gegner mitten in der ungarischen Ebene in Erscheinung tritt (die Grenze Jugoslawiens entspricht der Linie von 1919 und verläuft zwischen Szegedin und Maria-Theresiopel!). Beim Eisernen Tor grenzt jugoslawisches Gebiet sogar an die Walachei. Im Falle einer sowjetischen Offensive müßte also zunächst das jugoslawische Problem einer sofortigen Lösung zugeführt werden (wobei Saloniki und ganz Griechenland nicht unberücksichtigt bleiben könnten).

Nicht minder ernst dürfte von sowjetischer Seite das Problem Türkei und Iran (Persien) genommen werden. Wenn Stalin sich nicht möglichst mit dem ersten Schlag der Dardanellen bemächtigt, dann muß er mit dem Auftreten gegnerischer Seestreitkräfte im Schwarzen Meer rechnen – was das bedeutet, hat sich schon vor hundert Jahren im Krimkrieg gezeigt, obwohl damals weder die Schiffsartillerie noch Flugzeugträger eine Rolle spielten. Auch Iran – die seinerzeitige amerikanische Unterstüt-

zungsbasis für die Sowjets im Zweiten Weltkrieg – müßte von sowjetischer Seite als möglicher gegnerischer Aufmarschraum bewertet und militärisch ausgeschaltet werden. Es ergibt sich also im Süden des russisch-beherrschten europäischen Raumes eine ununterbrochene Kette von Flankenproblemen, die von Belgrad bis nach Teheran reichen und von denen keines unbeachtet bleiben könnte.

Im Norden sehen die Dinge für Rußland nicht günstiger aus: um die skandinavische Halbinsel hat sich schon im Zweiten Weltkrieg das bekannte Wettrennen zwischen Deutschland und England abgespielt, weil von ihr aus der mittel- und osteuropäische Raum ernstlich bedroht werden kann. Auch Stalin müßte im Falle einer Offensive eilig einen Schweden-Norwegenfeldzug führen, wenn er nicht das baltische und Leningrader Gebiet einer Gefährdung aussetzen will.

Alle diese in kurzer Frist zu bewältigenden Aufgaben hätten noch nichts mit dem ersten Ziel einer sowjetischen Offensive zu tun: den Nordseehäfen und der Atlantikküste. Daß zur Sicherung eines solchen West-Stoßes schließlich auch noch ein Alpenübergang zu erzwingen und der italienische Raum auszuschalten wäre, sei nur am Rande erwähnt. Die A t o m w a f f e ändert an der gegebenen Situation voraussichtlich nichts Wesentliches. Für den Angreifer ergeben sich nicht so sehr Störungs- und Zerstörungsziele, sondern an allen genannten Punkten Besetzungs- und Beherrschungsaufgaben. Es würde keinesfalls genügen, etwa Konstantinopel dem Erdboden gleichzumachen, die Dardanellen müssen von russischen Truppen besetzt und gegen Angriffe gehalten werden! Da ähnliches von den meisten anderen Kriegführungsaufgaben b e i d e r Seiten zu sagen ist, kann die Möglichkeit in Rechnung gestellt werden, daß die bislang so unpräzise Zerstörungswaffe der Atombombe ähnlich wie

die Gaswaffe im Zweiten Weltkrieg von beiden Parteien in Reserve gehalten wird, daß ihr Besitz also zunächst keine unmittelbar entscheidende Wirkung ausübt.

3. Als drittes Problem müßte von Stalin im Falle eines russischen Angriffes auch die Kriegführung bewertet werden, die in Moskau theoretisch und praktisch entwickelt wurde und die sich für die Russen so lange als vorteilhaft erwies, als sie sich im slawischen Raum zu verteidigen hatten: der sog. Partisanenkrieg. Schon heute haben die Russen sich in manchen Gebieten ihres Herrschaftsbereiches verschiedener militanter Untergrundbewegungen zu erwehren, die dort mit Hilfe übriggebliebener Waffen- und Munitionsbestände aus dem Zweiten Weltkrieg seit Jahren um ihr Leben kämpfen. Im Kriegsfalle ergäbe sich für den Westen die Möglichkeit, diese Widerstandsnester in den zahlreichen geografisch dafür geeigneten Gebieten, also insbesondere in Weißrußland, in den bewaldeten Teilen der Ukraine, in den Karpathen, im Balkan, vielleicht auch im Kaukasus zu organisieren und mit militärischem Nachschub zu versorgen. Schon ohne Störung ergeben sich für eine russische Offensive ungewöhnlich empfindliche Nachschublinien, jede Unterbrechung der wenigen Ost-West-Verkehrswege müßte für die Schlagkraft der vordringenden Offensivarmeen von peinlichster Wirkung sein. Die erst durch die Entwicklung des Flugzeuges praktikable Möglichkeit, den Krieg in das Hinterland des Gegners zu tragen, hat sich bereits für Hitler sehr negativ bemerkbar gemacht, sie hat viele deutsche Kräfte gebunden und zahlreiche örtliche Katastrophen heraufbeschworen.

Gewiß wäre es falsch, aus dieser flüchtigen Erörterung der Probleme, die sich aus einem russischen Angriff auf den Westen für Stalin notwendigerweise ergeben, den Schluß zu ziehen, daß der Kreml nie und nimmer offensiv

vorgehen werde – aber unsere Betrachtung gibt doch eine recht einleuchtende Antwort auf die Frage, warum Stalin seit Jahr und Tag zögert, die zweifellos gegebene numerische Überlegenheit seiner Armee gegen das derzeitige militärische Vakuum in Westeuropa einzusetzen. Vestigia terrent – an der Vielzahl der sich zwangsläufig ergebenden militärischen Probleme ist Hitler mit seiner alle damaligen Armeen an Kampfwert überragenden deutschen Wehrmacht schließlich gescheitert. Stalin hat gewiß die wirklichen Gründe des deutschen Zusammenbruches ernstlicher studiert, als irgend jemand anderer auf der Welt. Es ist schwer zu beurteilen, welche Schlüsse er daraus und aus der für ihn heute gegebenen Situation zieht. Daß er durch Politik, Propaganda und Vorschicken von Koreanern und Chinesen die Organisierung der sich bildenden antisowjetischen Weltkoalition zu stören sucht, ist eine fast selbstverständliche Handlungsweise, die auch aus defensiven Motiven erklärbar wäre.

Wenn Stalin freilich – wozu ihn die leninistische Auffassung von dem unvermeidlichen Konflikt seines Staatssystems mit der übrigen Welt verleiten könnte – der Auffassung ist, daß der Konflikt mit Gewißheit kommen wird, dann dürfte der Termin seiner Aktion von dem Zeitpunkt bestimmt sein, in dem man im Kreml glaubt, daß die russische Armee „fertig" ist, um die Riesenoffensive in Richtung Teheran, Konstantinopel, Belgrad, Gibraltar, Kopenhagen und Narvik in einem großen Zuge zu unternehmen. Dies ist auch für die größte Wehrmacht ein großes Programm – aber es müßte absolviert werden, wenn eine sowjetische Offensive überhaupt Sinn und Erfolgschance haben soll.

Einleuchtend ist es, daß der Gedanke an eine so kühne Unternehmung nur reizvoll erscheinen kann, wenn und solange ein politisch und militärisch chaotisches West-

europa vor den Augen aller liegt. Sobald hier vernünftige Ordnung entsteht und überzeugende Abwehrkräfte sich bilden, dann müßte im Kreml jeglicher europäischer Offensivplan als absurd ad acta gelegt werden.

*

Es ist Stalins Rußland, mit dem wir heute noch zu tun haben: ein Reich, das in drei Jahrzehnten die persönlichen Züge eines gewiß bedeutenden Mannes aufgeprägt erhielt. Zum Urteil über den Faktor Rußland in der europäischen Gegenwartsrechnung gehört auch eine klare Erkenntnis der persönlichen Kraft, die hier wirksam ist – ihrer Möglichkeiten und ihrer Grenzen.

Die Sowjetpropaganda bezeichnet „Leninismus" und „Stalinismus" als zwei Erscheinungsformen der russischen Staatsentwicklung. Insoweit damit eine weltanschauliche Leistung Stalins behauptet wird, ist die These kaum haltbar, die Unterscheidung ist aber richtig in historisch-politischer Sicht. Es war ein Ereignis von tiefstgreifender Bedeutung, daß der mehr ideologisch bestimmte ursprüngliche Schöpfer des neuen Staatswesens noch in den Anfangsjahren seines Experimentes abtreten und sein Erbe einem wenig phantasiebegabten, aber dafür sehr zähen Macht-Organisator überlassen mußte. Mit Betonung sei gesagt: „überlassen mußte" – allzu oft wird heute die für Stalin sehr bezeichnende Tatsache vergessen, daß er den Griff zur Macht gegen des sterbenden Lenins Absicht tat.

Lenin hat sich lange Zeit mit der Frage seiner Nachfolgeschaft beschäftigt. Im Mai 1922 erlitt er bereits seinen ersten Krankheitsanfall – knappe zwei Monate nachdem er Stalin zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei hatte wählen lassen. Bekanntlich folgten bis zum Tode Lenins (am 21. Januar 1924) noch zwei weitere schwere

Anfälle, die auf ihn wie auf seine Umgebung als Signale der unvermeidlichen Krise wirkten. Nach seinem zweiten schweren körperlichen Zusammenbruch diktierte Lenin eine Niederschrift, die mit aller Offenheit die Frage erörterte, was nach seinem Tode geschehen solle. Lenin sagte voraus, daß das Verhältnis Trotzki–Stalin den Keim einer Partei-Spaltung in sich trage und er wandte sich mit kritischen Worten gegen beide! Anfang Januar 1923 – ein Jahr vor seinem Tode – fügte er noch eine Nachschrift hinzu, die sich ausschließlich gegen Stalin wandte und die Empfehlung aussprach, ihn von seinem Posten als Generalsekretär zu entfernen. Aus den ersten Märztagen 1923 wird sogar zuverlässig berichtet, daß Lenin seine persönlichen Beziehungen zu Stalin abgebrochen habe – in der Aufregung um den dritten, ernstesten Krankheitsanfall Lenins ging diese Affäre damals unter: bei der Bedeutung, die ein Wort Lenins besaß, hätten sonst ernste Folgen für Stalin nicht ausbleiben können. (Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß dieser schwere Konflikt zwischen Lenin und seinem widerspenstigen Parteisekretär um eine Nationalitätenfrage und zwar ausgerechnet um die georgische Sowjetrepublik ging – Stalin handelte damals schon als unnachgiebiger russischer Imperialist, auch gegenüber seinen Landsleuten und Parteigenossen.)

Der kranke Lenin erfaßte sehr deutlich die Gefahr, die mit seinem Tode für den sowjetischen Staat notwendigerweise entstehen mußte. Aber er wußte keinen Rat. Er wollte weder Trotzki mit seinem „zu weitreichenden Selbstbewußtsein", noch Stalin, dessen „Grobheit" er für das Amt eines Generalsekretärs „unerträglich" fand. Einen dritten aber, der es an Format mit den beiden Abgelehnten hätte aufnehmen können, konnte Lenin nicht benennen und so hinterließ er bei seinem Tode das russische Reich dem bereits bei seinen Lebzeiten begonnenen Kampf

zweier Diadochen. Diese Auseinandersetzung zog sich viele Jahre hin. Trotzki war noch bis 1925 Kriegsminister der Sowjetunion, bis Oktober 1926 Mitglied des Polit-Büros, bis Ende 1927 Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Durch diese innere Krise befand sich die Sowjetunion damals lange Zeit in gefährlicher Lage – nur die Tatsache, daß ihre Gegner damals weder formiert noch gerüstet waren, konnte ihr die Ruhe zum Austrag des Trotzki-Stalin-Wettkampfes verschaffen.

Für die Beurteilung der damaligen innerrussischen Entwicklung ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß Trotzki zunächst ungleich größere Chancen hatte, den Kampf zu gewinnen als Stalin. Lenins Absage an Trotzki war nur umschrieben, die an Stalin war in harten Worten eindeutig ausgedrückt und sie blieb – wenigstens in den Kreisen der Parteiführerschaft – nicht unbekannt. Trotzki war – wie Lenin – ein großer Propagandist und Literat, eine historische und weltbekannte Erscheinung, Stalin nichts von alledem. Trotzdem blieb Stalin Sieger – besser gesagt: er organisierte seinen Sieg in ruhiger und zielsicherer Weise, vermutlich schon von dem Tage an, an dem Lenins Erkrankung erstmals sichtbar wurde. Weder Pathos noch Berühmtheit waren Stalins Stärke, nicht ein kühner Schlag brachte ihn an die Spitze des Staates, sondern zähes Machtstreben mit Hilfe des von ihm durchorganisierten und beherrschten Parteiapparates. So trug denn sein Kampf mit Trotzki auch nicht den Charakter eines dramatischen Siegeszuges, sondern den eines schrittweisen kaltblütigen Ausmanövrierens. Dies blieb bis heute das Merkmal seiner Politik.

Lenin war leidenschaftlicher Weltrevolutionär, auch Trotzki interessierte sich mehr für kommunistische Umsturzbewegungen in allen Kontinenten, als für die Konsolidierung der innerrussischen Verhältnisse – Stalin, der

Organisator dagegen, war und ist echter Imperialist, Ideen zur Weltverbesserung haben für ihn nur propagandistische Bedeutung, die Aufgabe, die Grenzen des Sowjetreiches zu erweitern, überträgt er nicht nur romantischen Aufwieglern, sondern Regimentern und Divisionen. An den Platz des fanatischen Idealisten Lenin hat sich ein zäher Realist gesetzt. Würde Lenin noch leben, er würde in einer Welt, in der die bolschewistischen Ideologien längst ihren einstmals verführerischen Glanz verloren haben, nur ein merkwürdiger Greis sein, Stalin, für den diese Parolen nur nützliche Verbrämungen großrussischer Machtentwicklung sind, steht mit seinen Armeen und Militärgouverneuren, mit seinem Netz von hörigen Staats- und Parteiapparaten als unleugbare potentielle Gefahr mitten im europäischen Raum. Es ist nicht der Triumph einer Idee, wohl aber der einer Politik und eines Willens, den der Siebzigjährige als Lebenswerk für sich verbuchen kann. Die fast drei Jahrzehnte, die er sich nun schon ununterbrochen staats- und weltpolitischen Aufgaben alleinbestimmend widmet, machen Stalin heute zum erfahrensten Spezialisten in diesen Materien — dazu umstrahlt ihn noch die Gloriole des Sieges in einem Weltkrieg!

Man muß sich diese Verhältnisse völlig klar vor Augen führen, um zu ahnen, was es für Rußland bedeuten wird, wenn auch hier einmal die Natur eingreift und diesem so inhaltsreichen Leben das unvermeidliche Ende setzt. Es ist sicher, daß Stalin das Problem seiner Nachfolgerschaft seit langem sorgfältig erwägt – obwohl nur wenig Anzeichen dafür sichtbar sind, daß er andere Gestalten neben sich dauernd in den Vordergrund treten ließe. Stalin muß aber aus der eigenen Erfahrung deutlich genug wissen, daß gerade die Frage des Führungswechsels den schwachen Punkt des Autoritätsstaates ausmacht. In parlamentarisch-

demokratischen Ländern tritt er durch die Häufigkeit des Wechsels selten als tiefgreifende Krise in Erscheinung. Der absolute Staat von ehedem wiederum hatte es in diesem Punkt einfacher, dort hieß es: Der König ist tot – es lebe der König. Aus neuerer Zeit gibt es – nachdem Hitler und Mussolini das Problem erspart blieb – nur die wenig ermutigenden Beispiele der Nachfolgeschaften Pilsudskis, Kemal Atatürks und – Lenins.

Diese historischen Erfahrungen zu der bereits so langen Regierungszeit Stalins in Verhältnis setzen, heißt erkennen, daß in der russischen Angelegenheit eines Tages eine Wendung ins Unberechenbare bevorsteht.

*

Aus solchen Überblicken und Hinweisen ergibt sich unsere Stellungnahme zur russischen Frage: Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Rußland Stalins ein mächtiger und – solange Stalin lebt – von innen heraus unveränderlicher Feind Europas ist, auch wenn dieser Feind nicht heute oder morgen mutwilliger Angreifer sein wird.

Ebenso sicher ist freilich, daß Rußland und die russischen Völker nicht notwendigerweise und immer eine Drohung für uns sein müssen. In den Perioden, in denen die russischen Machthaber sich mit den anderen europäischen Staaten freundschaftlich verbanden und, oft nicht ohne ihre Unterstützung, den slawischen Kräfteüberschuß nach Asien ausstrahlen ließen, – da war ganz Rußland ein Teil Europas, und unser Kontinent reichte in der Tat bis zur letzten Station der transsibirischen Bahn! In den blutigen Abschnitten aber, in denen der russische Imperialismus in düsterer Verblendung die Kräfte des Slawentums dazu mißbrauchte, um das volkliche und staatliche Gefüge der europäischen Nationen zu untergraben und zu zer-

stören – da wurde Rußland eine brutal antieuropäische Macht, gegen die es nichts anderes als leidenschaftlichen Widerstand geben konnte und geben kann!

Die russische Gefahr besteht für uns so lange, als russische Bajonette gegen europäische Völker gerichtet sind – keine Stunde kürzer und keine länger!! Rußland, das ein Übermaß von freiem Raum in Asien besitzt, braucht nicht nach Westen zu drängen. Was könnte heute Sibirien sein, wenn es zum Acker Europas gemacht worden wäre und nicht zum Verlagerungsplatz der sowjetischen Rüstungsindustrie!

Rußlands Festhalten an der antieuropäischen Zielsetzung kann nur zu neuen Katastrophen führen, seine Wendung zu europäischem Denken – wann immer sie sich vollzieht – würde der Weltgeschichte eine neue Richtung geben.

AMERIKA DEN AMERIKANERN – EUROPA DEN EUROPÄERN

Würde ein Zeitgenosse Bismarcks in die Welt von heute zurückkehren und die politische Lage zu prüfen haben, so wäre er – neben den wichtigen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England vor allem von zwei völlig neuen Tatbeständen überrascht: 1. von der Auslöschung Österreich-Ungarns und 2. von der Weltmachtstellung der nordamerikanischen Republik. Diese beiden Fakten sind – was wir oft vergessen – erst Ergebnisse der letztvergangenen vier Jahrzehnte. Konnte die Auflösung des Habsburgerreiches Ende des 19. Jahrhunderts immerhin schon geahnt werden, so ist der Aufstieg der USA zu Weltmacht-Rang ein Tatbestand, der ganz ausschließlich unserer Zeit angehört.

Erst mit dem Eingreifen in den Ersten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika – von England und Frankreich herbeigerufen – ihren Einzug in den Bereich der sog. „großen" Politik vollzogen und seitdem ging es nicht nur dem Londoner Kabinett wie dem Zauberlehrling, der die Geister nicht mehr los wurde, die er rief. Schon in Versailles wurde klar, daß die amerikanische Hilfe nicht nur aus selbstloser Sympathie für die Westmächte gegeben worden war, sondern mit klaren Zielen und Absichten und mit dem Wunsche nach einer Art Schiedsrichterstellung in den europäischen Wirren.

Im Jahre 1919 war es das amerikanische Parlament, das seinem Präsidenten den Rückzug anbefahl; weder der Versailler Vertrag noch Wilsons „Völkerbund" fanden die Billigung der amerikanischen Öffentlichkeit, die Ratifizierung unterblieb und die USA – zufrieden mit der Verlagerung der monetären Vormachtstellung von London nach Newyork – beschritten zunächst erneut den bewährten Weg der Konzentration auf ihre rein amerikanischen Interessen.

Dieses Verhalten entsprach der alten Linie amerikanischer Unabhängigkeitspolitik, die einst bei der Lostrennung der 13 Staaten von England Pate gestanden hatte. Freiheit von transatlantischen Bindungen war das Hauptanliegen der nordamerikanischen Kolonisten, die sich stark genug fühlten, ohne Hilfe eines europäischen Heimatlandes die Eingeborenen zu vertreiben und sich zum Herren eines Kontinents zu machen. Sie waren harte Kämpfer und wie sie keinen Pardon denen gaben, die sich ihrem „Drang nach dem Westen" entgegenstellten, so wünschten sie auch von Europa weder Steuerforderungen, noch Belehrungen oder Einmischungen politischer Art. Als Metternich – vor erst 130 Jahren – an Strafexpeditionen gegen südamerikanische Revolutionen dachte, setzte ihm der berühmt gewordene USA-Präsident Monroe die Formel entgegen: „Amerika den Amerikanern". Aber die Macht, die hinter diesem kühnen Worte stand, war unbedeutend und noch im amerikanischen Bürgerkrieg in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die Möglichkeit des Eingreifens europäischer Mächte ein entscheidendes Problem.

Es ist kein Zweifel, daß schon im 19. Jahrhundert die ständige Beschäftigung der europäischen Staaten mit ihren eigenen Streitigkeiten, Revolutionen und Kriegen und die daraus resultierende praktische Anerkennung der Mon-

roe-Doktrin, die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem wirtschaftlich reichen und politisch bedeutenden Staat überhaupt erst möglich gemacht hat. Weder Bismarck noch irgendeiner seiner europäischen Kollegen fanden Zeit und Kraft, der Entwicklung in den fernen USA mehr zuzuwenden als ein freundliches Desinteressement. Die europäischen Nationen waren damals alle zu sehr mit ihren eigenen Differenzen und auch mit ihren eigenen „Gründerzeiten" beschäftigt, als daß sie ernstlich wahrgenommen hätten, was sich jenseits des Atlantik entwickelte.

Der Aufbau der nordamerikanischen Kraft in jenen Jahrzehnten bleibt trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – bewunderungswürdig: aus eigener Kraft entstand hier eine neue Nation, zusammengesetzt aus den oft besten Elementen fast aller europäischen Völker. Die Leistungsschwerpunkte veränderten sich in diesem jahrzehntelangen millionenfachen Mischungsprozeß, auch charakterlich entstand eine von der europäischen sich unterscheidende „amerikanische Seele", aber es war doch in den hundert Millionen Amerikanern in einem riesigen schätzereichen Gebiet schon um die Jahrhundertwende ein neuer Faktor entstanden, der nur deshalb für Europa problemlos blieb, weil die Politik, die ihn beherrschte, noch nach der Denkweise Monroes verfuhr. Es war zwar kein europäischer Zugriff mehr zu befürchten, aber die Einflußnahme auf Südamerika und auf die für den amerikanischen Handel wichtigen Bereiche des Stillen Ozeans und Ostasiens war ein politisches Feld, das den Amerikanern jener Zeit als ausreichend erschien.

Die Namen zweier Präsidenten bezeichnen die Abkehr von dieser genügsamen Politik: Wilson – der Professor – griff in Europa ein in der Absicht, die Welt zu beglücken, Roosevelt – der Demagoge – tat das gleiche mit dem

Ziele, sie zu beherrschen. Der Erstere ließ sich nicht ohne Widerstreben in den Krieg hineinziehen, der Letztere wirkte mit Geschicklichkeit und Leidenschaft auf dieses Ziel hin, ja sein Spiel begann längst, bevor in Europa der erste Schuß fiel. Für ihn wurde der Zweite Weltkrieg ein wirkungsvolles Verfahren, um die Kräfte der europäischen Großmächte aufzureiben und sie zum Ausverkauf ihres Welteinflusses zu zwingen.

Mit dem wachsenden Einblick in ihre Gründe, Hintergründe und Methoden findet die Rooseveltsche Politik heute in Europa immer kritischere Beurteilung und es gehört eine gewisse Selbstüberwindung dazu, in Ruhe die wichtige Frage zu prüfen: ob nicht Roosevelt gerade wegen seiner europafeindlichen Politik als ein großer Mann zu gelten hat, der seinem amerikanischen Volk in kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringen Opfern eine großartige Weltstellung aufgebaut hat.

Wer staunend den Weg der amerikanischen Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten verfolgt hat, wer erlebte, wie sie noch während des Krieges sich die Herrschaft auf den Meeren aneignete, wie sie in Indien, Persien, Ägypten den britischen Einfluß ablöste, wie sie fast überall in der Welt den ersten Platz unter den Mächten beansprucht und eingeräumt erhält, ist zunächst geneigt, dieser dramatischen Veränderung der Weltlage und den dabei entscheidenden Kräften und Männern nüchterne Anerkennung nicht zu versagen. Und wenn wir gar sehen, daß diese energische Politik auch vor dem Gegner nicht zurückscheut, der schon für Napoleon, dann für die Engländer und schließlich für Hitler das große Problem war, dann sind wir erst recht versucht, zu bewundern, statt kritisch zu untersuchen, ob nicht doch hinter diesem so raschen Wechsel der weltpolitischen Szene ein verderbenbringender Irrtum wirksam ist.

Blicken wir tiefer in den Sinn des Geschehenen, so ergeben sich vier Tatsachen von ernster Bedeutung:

1. Die heutige amerikanische Weltposition ist zum großen Teil Erbschaft – vielfach erworben auf Kosten der Stellung des weißen Mannes.

2. Die von der Rooseveltschen Politik angestrebte Ausschaltung Deutschlands und Schwächung Englands hat – zusammen mit der ostasiatischen Entwicklung – Rußland stärker werden lassen, als es jemals zuvor gewesen ist.

3. Trotz der außerordentlichen Konzentration von Produktionskraft in den USA ist diese doch nicht groß und möglicherweise auch nicht entwicklungsfähig genug, um überall, wo heute amerikanischer Einfluß geltend gemacht wird, im Ernstfall gleich stark zu sein.

4. Das politische Verfahren, das die USA während und nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber den europäischen Völkern entwickelt haben, macht diese langsam aber zuverlässig zu ihren Gegnern; keinesfalls werden die europäischen Nationen ihr in Jahrhunderten gewachsenes Selbstbewußtsein so sehr vergessen, daß sie sich auf die Dauer zu Befehlsempfängern degradieren lassen – eine Rolle, in die sie im Rahmen des heutigen weltpolitischen Systems der USA de facto verwiesen sind. Jedes Nachlassen des Gefahrendruckes aus dem Osten wirkt sich schon heute automatisch in einer Frontbildung gegen die USA aus.

Von allen diesen Punkten ist vielleicht der wichtigste Umstand darin zu erkennen, daß die USA die Kraft, die sie im Jahrhundert der Monroe-Doktrin sicher und systematisch angesammelt haben, unter der Ära Wilson-Roosevelt allzu rasch und leidenschaftlich ausgegeben haben und sie immer noch weiter über die Welt verteilen. In Washington hat man den alten Satz, daß „Rom nicht an einem Tage erbaut" worden ist, nicht begriffen und man hat sich

in einen weltpolitischen Neu-Reichtum verrannt, dem die Solidität fehlt.

Wie auf die Flut die Ebbe, so wird für die USA auf ihre weltpolitische Konjunktur Krise und Rückschlag folgen. Es wird dabei viel von der Frage abhängen, ob in Nordamerika rechtzeitig erkannt wird, daß die Straße Roosevelts zu Verbindlichkeiten und Situationen führt, die über die Kraft auch der USA weit hinaus gehen und daß nur ein rechtzeitiges kluges Lösen aus der allzu anspruchsvollen Position einer schweren Enttäuschung zuvorkommen kann. Jedenfalls ist die Erwartung, daß die europäischen Völker auf immer und ewig das Weiße Haus in Washington als ihr politisches Mekka betrachten werden, eine Utopie und der Versuch, den europäischen Kontinent als eine Art nordamerikanisches Dominion zu organisieren und die europäische Militärmacht von US-Generalen kommandieren zu lassen, ist nicht weniger unklug, wie die Erwartung Stalins, daß die Polen, Tschechen, Ungarn und Rumänen ernsthaft für Rußland kämpfen werden, weil sowjetische Marschälle sie dirigieren.

Weder der sowjetische Anspruch auf Osteuropa, noch der amerikanische auf Westeuropa sind gesund gewachsene Machtgebäude, die einem Sturme trotzen könnten. Für beide gilt das gleiche Problem: wer auf eingebildete Macht über fremde Völker rechtzeitig und freiwillig verzichtet, hat die Chance, dafür echte politische Freundschaft zu gewinnen; wer sich dazu nicht entschließt, dem wird ein bitteres Erwachen aus der Selbsttäuschung nicht erspart bleiben.

Für die amerikanische Politik der Gegenwart und der Zukunft ergibt sich aus solchen Ausblicken zweifellos ein Hinweis auf den früheren, gesünderen und glücklicheren Kurs der amerikanischen Politik und außerdem die Frage, in welcher Form ein freundschaftliches Nebeneinander

zwischen Europa und Amerika wieder hergestellt werden kann. Gewiß läßt sich die Abkehr von all dem, was seit 1917 und insbesondere seit 1937 geschah, nicht einfach mit einer Kehrtwendung vollziehen, aber ein neues und besseres Ziel sollte erkannt und angestrebt werden: nicht mehr die „Weltregierung", sondern die wirklich befriedende Weltstellung des Weißen Mannes, gleichermaßen repräsentiert von den 150 Millionen Nordamerikanern wie von den 300 Millionen Europäern. Sie haben zusammen die geistige, politische und wirtschaftliche Welt von heute gestaltet, nur in aufrichtig gemeinsamem Wirken werden sie sie erhalten und zu neuen Ufern führen können.

QUO VADIS, BRITANNIA?

Adventurers have made England, politicians will destroy it. Macaulay

Seit 1783, als die Britische Regierung die Unabhängigkeit der abgefallenen nordamerikanischen Kolonien anerkannte, hat kein anderer Zeitpunkt so krisenhaft-geschichtliche Bedeutung für England gehabt, wie das Jahr 1947, in dem anderthalb Jahrhunderte nach Warren Hastings Eroberungszügen die Herrschaft über Indien sang- und klanglos preisgegeben wurde.

Der Unabhängigkeitskrieg der Nordamerikaner hatte zwar dem ersten britischen Weltreich ein Ende bereitet – aber in den gleichen Jahrzehnten wurde mit der Errichtung der britischen Herrschaft über 350 Millionen Inder und ihr unermeßlich reiches Land ein neues, noch bedeutenderes Empire geschaffen. Diese kühne Verlagerung des Schwerpunktes von West nach Ost gehört zu den großartigsten Leistungen der britischen Geschichte.

Seit der napoleonischen Zeit hat der Gedanke an Indien stets bedeutende Momente zur britischen Politik beigetragen und ist oft in ihrem Mittelpunkt gestanden. Von Suez bis Singapur galten machtvolle Positionen der Sicherung des indischen Reiches. Dieser unerschöpflichen Quelle der Macht und des Reichtums gegenüber wogen und wiegen alle anderen großen Besitzungen Englands in der Welt nur gering. Der imponierenden Bedeutung dieses Besitzes hatte es England nach dem Ersten Weltkrieg zu verdanken, daß es damals trotz aller Einbußen und trotz des Ver-

lustes des Weltwirtschaftsprimates an die USA doch noch anerkannte politische Weltmacht blieb.

Die vielfachen inneren Gegensätze des großen indischen Völkerkomplexes haben es den Engländern nicht allzu schwierig gemacht, ihre Herren-Stellung lange Zeit fast unangefochten zu behaupten. Für den Besitz Indiens gab es noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur außenpolitische Gefahren: Daß Rußland im Zuge seiner Expansion durch Sibirien hindurch ebenfalls asiatische Machtpositionen erstrebte, konnte in London Bedenken und Sorgen hervorrufen. Die zweite denkbare Bedrohung Indiens – von See her – brauchte vom Standpunkt der Jahrhundertwende aus nicht ernstlich ins Auge gefaßt zu werden. Es gab keine Zeit, in der das stolze Wort „Britannia rules the waves" überzeugendere Gültigkeit besaß, als vor 1914.

Als zu Beginn unseres Jahrhunderts das Zarenreich durch den Verlauf des russisch-japanischen Krieges in seiner asiatischen Position ernstlich geschwächt wurde, konnte Englands Macht in Indien – das Kernstück seiner Weltposition – so gesichert erscheinen, daß auch düsterste Propheten ihren Verlust in knapp vier Jahrzehnten nicht hätten voraussehen können.

Jene Zeit der glanzvollsten Entfaltung und unbeeinträchtigten Sicherheit der britischen Macht in Indien und an allen wichtigen Punkten des Seeweges dorthin mit der heutigen Lage des Britischen Reiches vergleichen, heißt das ganze Ausmaß der Katastrophe ermessen, das die britischen „politicians", von denen Macaulay in seinem heute so oft zitierten bitteren Worte sprach, über England gebracht haben.

Der britische Zusammenbruch hat sich nicht so dramatisch vollzogen wie der seines seit einem halben Jahrhundert mit so viel Leidenschaft verfolgten vermeintlichen Gegners Deutschland, aber der britische Sturz geht –

gemessen an der Höhe von einst – nicht weniger tief. Deutsche und Engländer sehen sich heute der gleichen geschichtlichen Prüfung gegenüber: Ihr Verhalten im tragischen Konflikt bestimmt ihren künftigen Wert.

Es soll in der Schuldfrage bezüglich der so verhängnisvollen britisch-deutschen Kontroverse während der letzten fünfzig Jahre nicht nach unrühmlichem Vorbild nach der schwarz-weiß-Manier verfahren werden: gewiß ist auch diesseits der Nordsee manches getan und vor allem geredet worden, was auf der Insel Gefühle verletzen, Sorgen veranlassen und Leidenschaften entfesseln konnte. Aber konnten, ja durften ein taktloser Kaiser oder lästige Industriekonkurrenten oder auch einige energische (aber angesichts der gewaltigen britischen Überlegenheit doch ungefährliche) deutsche Admirale für britische Staatsmänner so zwingende Gründe sein, daß sie darüber die wenigen wirklichen Gefahren für die britische Weltstellung aus den Augen verloren?! Heute, nach zweimaligem Kampf Englands gegen Deutschland und nach zweimaligem Bündnis mit Rußland und den USA, hat Großbritannien seine Stellung in Asien und sein Primat auf See verloren und nicht einmal gewonnen, was einige Närrische sich erhofften: die Zerstörung des Ruhrgebietes.

Wie zuverlässig berichtet wird, basierte Hitlers politischer Trugschluß im Frühjahr und Sommer 1939 vor allem auf seinem Zweifel, daß man in London lieber ein sowjetisches Bündnis und eine abermalige Abhängigkeit von Washington wählen würde, als ihm den Ausbau seiner mitteleuropäischen Position zu erlauben. Es läßt sich behaupten, daß die britische Politik 1939 dem gleichen Grundirrtum erlegen ist wie 1914: England hat sich auch in den Zweiten Weltkrieg durch mehr gefühlsmäßige Momente hineinführen lassen, es hat sich beide Male gegen ein Deutschland gewandt, das schlimmstenfalls der Lon-

doner Kontinentalpolitik lästig sein konnte, das aber für die britische Weltstellung mit ihren so gewaltigen Dimensionen keine Gefahr bedeutete. England ist 1939 zum zweiten Male als Seemacht gegen eine Landmacht angetreten; es hat also einen Kampf gewagt, den es allein niemals mit Erfolg führen konnte und es hat deshalb erneut unvermeidlicherweise die Hilfe gerade der Mächte suchen müssen, die die wirklichen Aspiranten auf eine globale Vormachtstellung waren und sind.

Nach 1918 zeichnete sich das Ergebnis solcher Politik für England nur schattenhaft und drohend ab, seit 1945 wird die Rechnung endgültig präsentiert. Winston Churchill, dessen Name mit dem Irrweg britischer Politik seit 1914 untrennbar verbunden ist, hat zwar noch im Laufe des Zweiten Weltkrieges das bekannte Wort gesprochen, er beabsichtige nicht, einem Ausverkauf des Empire zu präsidieren, aber nach dem Kriege hat ihn nur das gnädige Schicksal anti-konservativer Wahlresultate vor dieser Rolle bewahrt.

Heute ist für England die Situation geschichtlich noch ernster geworden als in den Tagen, in denen Hitler von Calais nach Dover blickte. Damals stand das Empire noch unerschüttert, heute ist es fast verloren. Damals konnten Mut und Entschlossenheit helfen, heute braucht England mehr als ein unerschrockenes Zurechtfinden in einer akuten Gefahr: es braucht eine neue Lebensaufgabe!

Wird England sich nochmals so groß zeigen, wie vor hundertfünfzig Jahren mit seiner kühnen Wendung von Amerika nach Indien? Wird es nochmals ein neues Ziel erkennen, ein neues kraftvolles, in die Jahrhunderte strebendes Programm entwickeln können – das ist die entscheidende Frage, vor die es sich heute gestellt sieht. Von der Antwort wird nicht nur Englands künftiges Schicksal, sondern entscheidend auch das Europas bestimmt werden.

Noch sind die Dinge im Fluß. Auch wir Deutschen haben noch nicht endgültig Stellung genommen. Noch sind wir geneigt, über manches, was geschehen ist, den Mantel des Vergessens zu legen. Wir wollen uns auch nicht an den Namen Churchill und Eden stoßen, die seit langem Gegnerschaft gegen Deutschland bedeuten. England ist immer noch die unglückliche Liebe der Deutschen des 20. Jahrhunderts! Wir Deutschen begreifen – als die der akuten Gefahr am nächsten Stehenden – auch deutlicher als andere, wie wichtig das Verhalten Großbritanniens gerade in den nächsten Jahren für die Schaffung echter Macht in Europa sein wird.

Aus diesen Gründen: weil wir wissen, daß unsere unseligen Bruderkämpfe und nur diese Bruderkämpfe die Ursache der deutschen wie der englischen Katastrophe waren, und weil wir trotz allem nicht müde geworden sind, und weil wir glauben, daß auch die britische Tatkraft noch lebt, – fühlen wir in uns das Recht zur weniger zweifelnden als hoffenden Frage: Quo vadis, Britannia?

Wird die englische Politik auch weiterhin Freund und Rivalen verwechseln und dabei die Reste des Empire verspielen oder wird sie die Kraft zu einer neuen großen Konzeption finden? In ihrem Mittelpunkt kann nur Europa stehen. Europa als Macht, die es als neue Tatsache in die Welt zu stellen gilt! Fürwahr eine Aufgabe, die der Engländer nicht weniger würdig wäre, wie der Deutschen und der Franzosen.

Quo vadis, Britannia?

DER FAKTOR FRANKREICH

Die britisch-deutsche Rivalität ist ein typischer Bruderstreit zwischen zwei im Kern gleichgearteten und ähnlich denkenden Nationen. Dagegen sind die Franzosen und die Deutschen in ihrer Wesensart verschiedener. Die Franzosen, wendiger in ihrem Denken, schneller in ihrem Handeln, revolutionärer in ihrem Vorgehen hatten sich Jahrhunderte hindurch an die Spitze des europäischen Siegeszuges in die moderne Welt gesetzt – in der gleichen Zeit haben die Deutschen sie bewundert, gefürchtet, ja auch gehaßt, all dies nie ohne Ursache und Anlaß.

Auch der Deutsche von heute bedarf noch einer gewissen Portion nüchterner Selbstüberwindung, um objektiv zu begreifen, welche Gefühle die westlichen Nachbarn in all diesen Entwicklungen beherrschten und ihre Handlungen bestimmten. Die Gesichter der Ludwig XIV., Napoleon, der Clemenceau und Foch sehen sich vom Rhein her hart und erpresserisch an. Für den freilich, der von der Seine nach Osten blickt, sind die Blücher, Bismarck, Ludendorff und last not least Adolf Hitler nicht minder unverständliche Schreckgestalten.

Wir stehen der seltsamen, durch viele bittere Ereignisse verhärteten Situation gegenüber, daß zwei große Nationen voll Argwohn und Sorge jede Bewegung des anderen beobachten, daß sie bei jeder wahrgenommenen Veränderung stets das Schlimmste befürchten – und daß beide

recht handfeste Argumente für dieses Mißtrauen ins Feld führen können.

Die Deutschen haben seit dem Ausgang des Mittelalters erleben müssen, daß die französische Politik stets eifrig bestrebt war, Deutschland zu befehden, aufzuteilen, durch Bündnisse erst mit den Türken, dann mit den Russen in die Klammer zu nehmen. Die Franzosen wiederum fanden und finden die Zahl und das Wachstum des deutschen Nachbarn beängstigend und betrachten das, was wir Deutsche als „Erbfeindschaft" begreifen, als die berechtigte Methode eines David gegen den Goliath.

In all den langen Entwicklungen dieser gegenseitigen militärischen, politischen und seelischen Aufreibung, hat sich letztlich nur eine von beiden Seiten nicht zu bestreitende Tatsache ergeben: daß trotz aller Siege und Niederlagen, trotz aller Triumphe und Demütigungen weder das deutsche noch das französische Volk endgültig auf die Knie gezwungen wurde. In all dem Auf und Ab blieben beide doch gleich starke Faktoren im Kräftespiel der Mächte.

Es ist gewiß nicht verfrüht, aus dieser Erfahrung diesseits und jenseits der deutsch-französischen Grenzpfähle endlich vernünftige Schlüsse zu ziehen. Dem, der diesem wichtigen Problem einige Aufmerksamkeit widmet, zeigt sich bereits die tröstliche Gewißheit, daß die beiden Völker selbst auf dem Wege zueinander bereits einen Schritt weiter gegangen sind, als es ihre politischen Führer wahrhaben wollen. Die Radikalkur beiderseitiger Besatzungen, die jetzt schon über zwölf Jahre hindurch exerziert wird, hat seltsamerweise die Menschen einander näher gebracht. Es ist das weniger das Werk der Rechtsanwälte und Journalisten, als das der Soldaten und der Bauern.

Dieses durch das instinktive Gefühl des gemeinsam gewordenen Schicksals entwickelte neue Klima zwischen

Volk und Volk hat sich freilich noch nicht in allen Parlamentsälen und Regierungskanzleien durchgesetzt. Aus innenpolitischen Prestigegründen holen Pariser Redegewaltige immer noch gerne die Marionette des „Boche" aus ihrer Requisitenkiste und am liebsten würden sie Ludwig XIV. wiederholen und die Deutschen der Saar annektieren.

Unsere Zeit mit ihren großen Problemen wischt diese kleinbürgerlichen Advokatenbemühungen von der Tafel fort. Es ist den Deutschen ganz klar geworden, daß es ohne echten Frieden mit Frankreich keine deutsche Zukunft geben kann und bis in die französische Führungsschicht hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß sich auch Frankreich nur verteidigen läßt, wenn die deutsche Kraft regeneriert und der europäischen hinzugefügt wird.

Es besteht Aussicht, daß diese Erkenntnisse dauerhaft werden, denn das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Franzosen hat sich in unserem Jahrhundert grundsätzlich gewandelt, weil

1. sich gezeigt hat, daß weder eine französische noch auch eine deutsche Hegemoniestellung in Europa stabilisiert werden kann;

2. klar geworden ist, daß zur Führung eines modernen Krieges aus eigener Kraft weder das französische noch das deutsche Kräftepotential ausreicht.

Diese nüchternen, aber das Kernproblem erfassenden Gründe, deren Richtigkeit auch von den wortgewandtesten französischen Politikern nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann, verweisen die französisch-deutsche und die deutsch-französische Rivalität in die Rumpelkammer verstaubter Reminiszenzen – nicht nur bei den Völkern, die das bereits begriffen haben, sondern auch bei den Regierungen, denen das Begreifen oft schwerer fällt, weil

sie den Ballast alter Akten und früherer Erklärungen noch mit sich herumschleppen.

Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts waren „die Deutschen" der Alpdruck der Franzosen und „die Franzosen" der Alpdruck der Deutschen – heute bedarf es nur noch einer kurzfristigen Aufräumungsarbeit, um dieses Hindernis aus dem Weg zu schaffen.

Für uns Deutsche wird der Blick in die Zukunft frei und hoffnungsvoll, wenn wir in den Franzosen nicht mehr offene Feinde oder verkappte Gegner sehen müssen; wir sind uns klar darüber, wieviel gerade Frankreich für Europa bedeutet. Schon in unserer dauernden Sorge gegenüber dem Nachbarn im Westen lag eine Portion hoher Achtung: die Franzosen sind unter allen den europäischen Nationen vielleicht die bewunderungswürdigste – wie keine andere haben sie es verstanden, nicht nur ihre Triumphe, sondern auch ihre Niederlagen mit einer Würde zu verbinden, die ihnen die Anerkennung der ganzen Welt gesichert hat. Daß sie sogar den Gipfelpunkt ihrer Herausforderung an das damalige Europa, die napoleonische Ära, und den damit verbundenen tiefen Fall schließlich doch noch als Ruhmesblatt in ihre große Geschichte einzufügen verstanden, gehört zum Bedeutendsten, was echtes Nationalbewußtsein politisch geleistet hat. In der Kunst, sich in der Welt Freunde zu schaffen, haben sich die Franzosen sogar den Engländern überlegen gezeigt, von uns Deutschen ganz zu schweigen, die wir diese Gabe recht wenig entwickelt haben. Für die europäische Weltgeltung sollte dieser Beitrag Frankreichs nicht gering veranschlagt werden.

Die Beurteilung des Faktors Frankreich kann nicht abgeschlossen werden ohne einem weitverbreiteten Irrtum, der eigentlich schon auf dem Schlachtfeld von Verdun ins Nichts aufgelöst worden ist, zu widersprechen: Alles ent-

gegengesetzte Gerede (es ist fast so alt wie Frankreichs nationale Geschichte!) sollte nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß dieses Frankreich auch heute, fast zwei Jahrhunderte nach der französischen Revolution, immer noch ein gesundes, in seinem Kern bäuerlich-starkes Volk geblieben ist – lebenskräftig genug, um sich Paris leisten zu können, dessen Bild viele Urteile über Frankreich verwirrt.

Französische Politiker haben großen Wert darauf gelegt, Neger in das französische Parlament zu importieren – das französische Volk hat sich darum nicht gekümmert. Die Franzosen sind Franzosen geblieben und weil das so ist, deshalb sind sie ein so starker und bedeutender, nicht hinwegzudenkender Eckpfeiler europäischer Weltmacht.

DIE DEUTSCHEN NACH DEM FEGEFEUER DER KATASTROPHEN

Clemenceau, der große Franzose und schlechte Europäer, hat einmal das brutale Wort gesprochen, es seien „zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf der Welt".

Wenn wir die so oft und unergiebig erörterte Frage nach der „Schuld" an den Katastrophen der letzten vier Jahrzehnte nüchtern beantworten wollen, dann führt uns Clemenceau auf den richtigen Weg. Es geht zwar gewiß nicht um die Zahl allein, nicht nur um den Tatbestand der siebzig bis achtzig Millionen Menschen, die deutsch sprechen und deutsch denken: lebten diese Millionen ein belangloses Dasein in einem europafernen Erdteil, so würde niemand an ihnen Anstoß nehmen. Es sind aber 70 Millionen Menschen von europäischem Rang, voll Tapferkeit, Arbeitskraft und Leistungswillen, die eng gedrängt im Herzen unseres Kontinents tätig sind und entschlossen in die Welt hinaus wirken.

Von unseren Freunden wird oft die These aufgestellt, es sei ganz einfach die deutsche Tüchtigkeit, die den Neid der anderen herausgefordert und sie zur wiederholten Niederwerfung des verhaßten Konkurrenten veranlaßt habe. Diese für uns Deutsche so schmeichelhafte und für unsere Kriegsgegner so herabsetzende Darstellung des Geschehenen erreicht freilich kaum den Rang einer Halbwahrheit, zumindest gehört das von Clemenceau zitierte Element der Zahl als entscheidende Ergänzung dazu – die

gleichen Eigenschaften, würden einem dem Wettstreit der Großmächte entrückten kleineren Volk gewiß nur Freundschaft und Anerkennung eingetragen haben. Daß die dem Fremden oft unergründlichen „typisch-deutschen" Eigenschaften von einer so großen Nation im Herzen Europas verkörpert werden – das hat die Furcht der anderen begründet und hier ist die tiefste Ursache der Katastrophen zu suchen, die das deutsche Volk erleben mußte.

Mit dieser Feststellung soll nicht jeder Schachzug der deutschen Politik seit Bismarck entschuldigt werden, aber es läßt sich nicht leugnen, daß ihre Forderungen und Ziele sich im Rahmen dessen hielten, was alle anderen großen europäischen Völker als nationale Selbstverständlichkeit längst verwirklicht hatten. Der alle Volksteile umfassende Nationalstaat und der koloniale Ergänzungsraum war für die Engländer, die Franzosen, die Spanier, die Italiener längst gewohnte Tatsache; als die Deutschen ein Gleiches forderten, sahen sie sich der Front der ganzen Welt gegenüber. Daß sie für Deutschland erreichbar hielten, was andere für sich längst verwirklicht hatten, darin lag der politische Irrtum Wilhelms II. und auch Adolf Hitlers. Sie beurteilten im Lager ihrer Widersacher als Niedertracht, was in Wirklichkeit Furcht vor dem Ungewissen war: vor der Bedeutung, die diese 70 Millionen mitten in Europa als ein Staat gewinnen mußten.

Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die europäischen Katastrophen unseres Jahrhunderts nicht durch das deutsche Volk verschuldet wurden, wer aber die historische Wahrheit sucht, kann die Feststellung nicht vermeiden, daß der Wunsch der Deutschen nach nationaler Gleichberechtigung angesichts ihrer gemeinsamen Stärke der Anlaß der beiden Weltkriege gewesen ist.

Eine Lösung der deutschen Frage haben beide Kriege nicht gebracht; sie ist offen geblieben und noch ernster

geworden. Die Deutschen von heute leben sich immer leidenschaftlicher in das Gefühl der Irredenta hinein – und es ist kein Phantom, sondern bitterste, groteske Wirklichkeit, die sie dazu treibt. Kein vernünftiger Mensch kann den Deutschen auf die Dauer die „Grenzen" zwischen Helmstedt und Eilsleben, zwischen Coburg und Sonneberg, zwischen Reichenhall und Salzburg zumuten wollen. Diese törichten, in Roosevelt-Stalinschen Geheimkonferenzen ausgeheckten Vergewaltigungen natürlicher und historischer Gegebenheiten verstärken nur diesseits und jenseits der Palisaden den deutschen Drang zur staatlichen Verwirklichung der nationalen Gemeinschaft.

Das Problem einer künftigen deutschen Politik, ebenso wie das einer dauerhaften europäischen Einigung, liegt nicht zuletzt in der Frage: Wie kann die deutsche Sehnsucht nach Zusammenschluß verwirklicht und trotzdem den anderen europäischen Völkern die Furcht genommen werden, daß der deutsche Volkskoloß sie erdrücken könnte.

Im bisherigen Europa gab es auf diese Frage keine Antwort, das künftige aber schließt sie in sich ein – nur einer europäischen Völkergemeinschaft, die sich gemeinsam verteidigt, die gemeinsam produziert und gemeinsam in der Welt auftritt, wird es erträglich sein, die Deutschen vereint zu sehen. Im festgeschmiedeten Bund der dreihundert Millionen, der innereuropäische Kämpfe ausschließt, sind auch siebzig Millionen Deutsche keine „Gefahr" mehr!

Wenn es keine anderen Gründe für die Bildung der europäischen Gemeinschaft gäbe – die in ihr nach all dem Vorhergegangenen allein denkbare Lösung der deutschen Frage wäre schon ein zwingendes Argument, sie zu verwirklichen.

Die bisherigen Koalitionen vermochten im deutschen Problem nur eine Aufgabe der Bekämpfung und Nieder-

haltung zu erkennen, in Wirklichkeit aber geht es um eine vernünftige Einordnung – diese Leistung muß erst noch vollbracht werden. Die Formel von den „zwanzig Millionen Deutschen zuviel" hat sich für alle Europäer als Katastrophe erwiesen, es muß eine bessere gefunden werden.

*

Es steht dahin, ob die deutsche Frage nicht ohne die beiden Weltkriege eine ähnliche und vielleicht bessere Lösung hätte finden können, als sie sich jetzt für die Zukunft abzeichnet; sicher aber ist, daß das deutsche Volk durch das Fegefeuer der Katastrophen nicht nur gehärtet wurde, sondern auch gereift ist. Es lebt heute seinen nationalen Traum nicht mehr über den Wolken, sondern es weiß, daß er nicht ohne die anderen europäischen Nationen, nicht gegen sie, sondern nur mit ihnen erreicht werden kann. Gewiß bleibt es auch weiterhin ein sinnloses Bemühen, die Deutschen demütigen zu wollen – „eine große Nation, die durch Kultur, Taten und Erlebnisse mit dem Leben der ganzen neueren Welt verflochten ist, überhört es, ob man sie anklage oder entschuldige", sagte einst seherisch der große Jakob Burkhardt – aber sie sind willig zu ihrem Beitrag bereit. Einem Europa, in dem es seine Einheit findet, wird das deutsche Volk ein treuer und tapferer Bruder sein.

VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT ALS GRUNDLAGE DER WELTGELTUNG

In den fünf Jahrtausenden menschlicher Geschichte, die wir überblicken können, war es immer so, daß nur die Staaten und Völker sich behaupteten, die zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen fähig und bereit waren. Was auch immer die Menschheit an Wandlungen und Fortschritten durchgemacht hat – an der harten Grundtatsache der Überlegenheit des Starken über den Schwachen, des Entschlossenen über den Nachgiebigen hat sich nichts Entscheidendes geändert. Internationale Rechtsnormen haben die Herrschaft dieses Prinzips gemildert, aber nicht beendet – die Technik hat seine Anwendung in die Hand immer größerer Mächte gelegt, aber sie nicht unmöglich gemacht. Die Entwicklung der modernen Artillerie und der Luftwaffe hat die Klein- und Mittelstaaten als mögliche Allein-Kriegführende ausgeschaltet, die Atomwaffe erlaubt eine aussichtsreiche Kriegführung nur noch Weltmächten mit umfangreicher industrieller Kapazität: aber daran, daß militärische Machtverhältnisse – auch wenn sie nicht zur kriegerischen Auswirkung kommen, sondern nur als reale Möglichkeit im Felde stehen – das politische Bild der Welt beherrschen, hat sich seit der Zeit der Assyrer und Babylonier nichts geändert.

Der Widerspruch dieser harten Tatsachen zu den anderen großen Werten der Menschen und Völker ist nicht so brutal, wie es den Anschein hat. Militärische Macht allein

ist ein Koloß auf tönernen Füßen – der gestaltende Wille ist und bleibt die stärkste Triebkraft der Geschichte, aber er bedarf des starken Armes, um ernstlich zu wirken. Und wer Ansprüche auf Weltstellung und Weltgeltung erhebt, wie es die europäischen Völker taten und wieder tun werden, der muß doppelt gerüstet sein: der Bedeutende hat immer Feinde. Sie werden nicht vom Respekt vor seiner geistigen Überlegenheit allein in Schach gehalten, es muß schon auch die Scheu vor seiner Stärke hinzutreten. Jedes Schwächezeichen bringt sie in Bewegung und nährt die Hoffnung auf leichte Erbschaft.

Der Aufbau und die Erhaltung einer überzeugenden europäischen Verteidigungskraft ist deshalb nicht nur eine Tagesforderung der politischen Lage, wie sie durch 1945 in Europa entstanden ist, sondern sie muß für Gegenwart und Zukunft ein Gesetz der europäischen Gemeinschaft werden und bleiben.

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts haben die Kriegskunst, die Waffentechnik und die Wehrwirtschaft zu einem Punkt entwickelt, der den europäischen Raum für innere Auseinandersetzungen endgültig zu eng macht. Keine der europäischen Nationen, England nicht ausgeschlossen, könnte heute oder in Zukunft nochmals aus eigener Kraft Krieg gegen einen anderen großen europäischen Staat beginnen und führen. Bereits die beiden Weltkriege der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts konnten – schon aus den rein materiellen Gründen der Bewaffnung und Versorgung – erst durch Hereinziehung außereuropäischer Mächte entschieden werden.

Für die Gegenwart ist zu sagen, daß keine der heutigen europäischen Einzelmächte eine Wehrkraft entwickeln könnte, die etwa der der USA oder der UdSSR rüstungsmäßig auch nur annähernd gleichwertig wäre. Gemeinsam aber sind sie mit ihrem Reichtum an soldatischen Men-

schen, an Wissenschaftlern und Technikern, an Industrien und Rohstoffen sehr wohl in der Lage, eine gebieterische Verteidigungskraft zu entwickeln.

Ein Blick auf die europäische Verteidigungslage ergibt freilich sofort, daß mit einer mehr oder weniger geschickten Aneinanderreihung französischer, deutscher, spanischer, italienischer und englischer Rüstungsmaßnahmen noch kaum etwas getan ist. Durch die seit 1945 bestehenden weltpolitischen Verhältnisse ist den europäischen Staaten eine geradezu gewaltige Verteidigungsaufgabe gestellt worden.

Wenn die europäische Gemeinschaft wieder ein selbständiger Faktor von weltpolitischem Gewicht werden will, dann muß sie einerseits als Landmacht stark genug sein, um einem sowjetischen Angriff gewachsen zu sein und andererseits als Seemacht sich kraftvoll genug entwickeln, daß die langen atlantischen Küstenlinien geschützt erscheinen, das Mittelmeer gegen fremden Zugriff abgeriegelt und die Luftbedrohung weitgehend ausgeschaltet werden kann.

Die genaue Berechnung des für diese zwangsläufig gegebene Verteidigungsaufgabe erforderlichen Rüstungsvolumens bleibt den Fachleuten überlassen, sicher ist aber, daß eine Kampfkraft von kaum weniger als zweihundert modern ausgerüsteten Divisionen für den Verteidigungsfall greifbar sein, daß die britische Flotte in die europäische Verteidigungsrechnung einbezogen und die Sicherheit der britischen Inseln, die im Zweiten Weltkrieg eine so verhängnisvolle Rolle als Flugzeugträger gespielt haben, gewährleistet sein muß.

Die britische Flotte kann heute nicht mehr daran denken, wie einst die Weltmeere zu beherrschen. Aber diese Aufgabe gehört auch der Vergangenheit an. Die britischen Besitzungen – mit Ausnahme der in Afrika gelegenen – wären

in einem Konfliktsfalle nicht zu verteidigen. Zu einer Sicherung der heimatlichen Inseln, der europäischen und afrikanischen Küsten, zu einer Erhaltung der lebensnotwendigen Verbindung Europa–Afrika, würde freilich die britische Flotte in Verbindung mit den italienischen und französischen Seestreitkräften in jeder denkbaren Situation ausreichen.

Genau so sicher ist, daß das gemeinsame Menschen- und Rüstungspotential der Kontinentalmächte die einhundertfünfzig bis zweihundert Divisionen für die Wacht im Osten aufstellen und erhalten kann, wenn nur die nötige Einsicht und der gute Wille dahintersteht.

Diese gewaltige Macht würde zweifellos vor Angriffen sicher sein, solange sich nicht etwa die USA und Rußland miteinander gegen sie verbinden – und sogar in diesem hypothetischen Fall wäre ein Angriff auf die eurafrikanische Stellung ein gewagtes Beginnen.

Es fehlt freilich – was zur Vervollständigung des Gesamtbildes gesagt werden muß – für die Sicherung Europas heute der strategische Ausgleich, den einige Jahrzehnte hindurch die Existenz einer starken ostasiatischen Macht geboten hatte. Die Kräfte Rußlands und der USA sind nicht mehr durch Japan teilweise gebunden. Sollte sich dort kein ernsthafter Faktor mehr entwickeln, so müßte das für die europäische Verteidigungspolitik als ein zwingendes Argument zum verstärkten Ausbau der eigenen territorialen und maritimen Verteidigung gelten.

Die Überlegungen, die hier angestellt werden, haben nichts mit der Behauptung zu tun, daß ein Krieg mit Rußland oder gar mit USA unvermeidlich oder auch nur wahrscheinlich oder möglich sei: Mit Rußland hat die europäische Gemeinschaft ernstliche Differenzpunkte nur wegen der von Moskau ausgeübten politischen Beeinflussung des osteuropäischen Raumes, gegenüber den USA hat Europa

den Griff nach Wirtschaftspositionen und Einflußsphären abzuwehren – die Lösung beider Fragen ist gewiß ohne Krieg möglich, nicht aber ohne Rüstung, und zwar energische und ausreichende Rüstung. Keine oder halbe Maßnahmen sind das Gefährlichste: sie machen den präventiven Krieg reizvoll und führen dadurch fast mit Gewißheit zum Konflikt, der – solange die europäische Schwäche von heute besteht – notwendig die Mitwirkung der einen oder der anderen Weltmacht zur Folge haben und ebenso den Ausverkauf wenn nicht die Zerstörung Europas bedeuten müßte, wie das Abenteuer der beiden Weltkriege den Engländern ihr Weltreich gekostet hat.

Aus solcher globaler Betrachtungsweise ergibt sich ein klares Zukunftsbild für die notwendige europäische Verteidigungspolitik: eine schnelle und kräftige Defensiv-Rüstung allein kann die weltpolitisch so dringend erforderliche „Dritte Macht" wirklich zur „Macht" werden lassen und ihr die Stellung des Ausgleichs- und Ruhefaktors gegenüber dem undurchsichtigen Ehrgeiz der allzu rasch emporgewachsenen außereuropäischen Weltmächte des 20. Jahrhunderts gewähren und sichern.

*

Was sich derzeit als amerikanisch organisierte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" darbietet, ist freilich weit entfernt von den Erfordernissen einer militärischen Machtentfaltung Europas. Weder reicht die Planung aus, noch ist die Durchführung befriedigend, bei der sich die Kräfte und Gefühle im Raume stoßen müssen. Der Tatbestand eines amerikanischen Oberbefehlshabers dieser „Europa-Armee" gibt dem Dienst in dieser Armee ein allzu europafremdes Vorzeichen. Auch der sogen. „At-

lantik-Pakt" ist ein Instrument, dem jegliche Überzeugungskraft fehlt – Europa, nicht der „Atlantik" bedarf der Verteidigung, für andere als europäische Interessen ist der europäische Soldat nicht verwendbar; die Vorstellung, die europäischen Nationen würden ein Hilfskontingent für die oft wechselvolle Politik amerikanischer Präsidenten stellen, ist wirklichkeitsfremd.

Es braucht gewiß nicht als ausgeschlossen gelten, daß sich aus den jetzigen Anfängen in mehrfacher Wandlung durch das Hinzutreten nicht nur des deutschen, sondern auch des englischen Soldaten doch die wirkliche europäische Verteidigungsgemeinschaft entwickeln wird, aber sie wird eine andere Form und einen tieferen Sinn haben.

So sehr die Rücksicht auf Eigenart und Eigenständigkeit im Zusammenwirken der europäischen Nationen Hauptregel sein muß, so wird doch der Aufbau und die Organisation der europäischen militärischen Macht nur von Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit bestimmt sein dürfen. Die gebotene Ausbildungs- und Rüstungsgemeinschaft schließt den innereuropäischen Mißbrauch der Streitkräfte von vornherein aus. Aus führungstechnischen und sprachlichen Gründen kann nur die Bildung nationaler Armeen das Richtige sein – auch der soldatische Tapferkeitswettstreit hat im Kriegsfalle seine Bedeutung: All das bildet eine Parallele zu der einstigen Existenz einer preußischen, bayerischen, württembergischen und sächsischen Armee im Bismarckschen Deutschland.

Wie die Soldaten dieser, im Frieden zwar nach gemeinsamen Richtlinien ausgebildeten, aber doch getrennt organisierten Formationen trotzdem ganz als Deutsche kämpften, so werden die französischen, italienischen, spanischen, englischen, deutschen Soldaten sich um so mehr als Europäer bewähren, je weniger von ihnen gefordert wird, ihre nationalen Empfindungen zu verleugnen.

Es geht auch hier, und hier vor allem, um den Geist, aus dem heraus und mit dem das Neue geschaffen wird. Europäische Soldaten sind keine Taglöhner, die sich verdingen; ihre Kraft liegt nicht zuletzt in seelischen Werten, die es zu erhalten und nicht zu zerstören gilt. Der Soldat muß wissen, wofür er seine ernsten Pflichten zu erfüllen hat. Dieses „Wofür" darf nicht zweifelhaft sein. Es gibt keinen überzeugenderen Grundstein für den soldatischen Pflichtbegriff als das Leben der Nation und kein wirkungsvolleres weiteres Argument, als den Hinweis auf die europäische Völkergemeinschaft.

GEMEINSAME PRODUKTION ALS VORAUSSETZUNG GEMEINSAMER STÄRKE

Es ist die Lehre vor allem des Zweiten Weltkrieges, daß moderne Bündnisverhältnisse sich nicht auf rein militärische Absprachen beschränken können, sondern sich angesichts der wachsenden Bedeutung der Begriffe „Material", „Rohstoffe", „Versorgung" für die Kriegführung auf ein gemeinsames industrielles und agrarisches Produzieren erstrecken müssen.

Bekanntlich krankte Hitlers Bündnissystem vor allem am Fehlen solcher Voraussetzungen, andererseits war es die besondere Bedeutung der USA für ihre Bundesgenossen, daß bereits Jahre vor dem ersten Auftreten eines amerikanischen Soldaten in unserem Raum der Produktionskontakt hergestellt war und das Potential der amerikanischen Produktionskraft sinnvoll auf die Bedürfnisse Englands und der Sowjetunion ausgerichtet und zu ihrer Ergänzung über die Meere dirigiert wurde.

Wenn die europäischen Großstaaten, die gegenwärtig keine Großmächte mehr sind, gemeinsam wieder zu Weltmachtrang aufsteigen wollen, dann ist die Überwindung der vielen Hindernisse, die die einzelnen Volkswirtschaften heute voneinander trennen, eine erste Forderung. Eine Folge der nationalen Aufteilung Europas war ihr mit dem Beginn der Moderne einsetzendes und immer tiefer greifendes Auseinanderleben. Sie haben noch in unserem Jahrhundert einen hartnäckigen Prozeß weiterer Verselbständi-

gung durchgemacht und heute im Zuge der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung einen Zustand der Inselhaftigkeit erreicht, der einen kühnen Brückenschlag unerläßlich macht. Eine europäische Einigung bleibt theoretische Konstruktion, solange sie nicht durch eine krisenfeste Dauerverflechtung der Volkswirtschaften des europäischen Raumes real untermauert wird. Sie allein schafft unkündbare Tatsachen, nur sie kann das Gebäude eines europäischen Staatenbundes mit tätigem Leben erfüllen und die Tatsache des Aufeinander-Angewiesen-Seins im Bewußtsein der breiten Massen verankern.

Der aus amerikanischen Vorstellungen über die Rolle Europas in der Politik Washingtons geborene sogen. „Schuman-Plan", der sich jetzt in der Verwirklichung befindet, ist zweifellos ein sehr wichtiger Tatbestand; nehmen wir ihn zunächst als ein Experiment, das der Entwicklung noch unterworfen ist. Er mag dann zu manchen, seinen Vätern unerwarteten bedeutungsvollen Resultaten führen.

Daß der Schuman-Plan die Kohle-Eisen-Produktion zum Gegenstand hat, verleiht ihm von vornherein weltpolitisches Gewicht: Die Zusammenfassung des bisher durch die Grenzen behinderten Dreiecks Ruhr-Lothringen-Luxemburg/Belgien schafft einen Stahlschwerpunkt, der sowohl gegenüber dem amerikanischen wie auch vor allem gegenüber dem sowjetischen voll bestehen kann: Nach den Zahlen von 1950 produzierten Deutschland, Frankreich und Belgien-Luxemburg zusammen etwa 30 Millionen Tonnen Stahl jährlich, Rußland 38 Millionen Tonnen, England 17 Millionen Tonnen. Diese Zahlen zeigen deutlich die Möglichkeiten, die sich durch den Zusammenschluß Deutschland-Frankreich-Benelux aus dem Stahl- also auf dem Rüstungsgebiet ergeben. Daran denken, heißt wissen, daß beim Schuman-Plan nicht rein wirtschaftliches Kalkül, sondern politische Überlegung am Werke war.

Dem Grundgedanken des Schuman-Planes wird jeder denkende Europäer zustimmen: es kommt tatsächlich darauf an, eine möglichst große Zahl europäischer Länder wenigstens auf einem volkswirtschaftlichen Teilgebiet miteinander zu verflechten und es ist wirklich wichtig, das westeuropäische Stahlzentrum zu einem Produktionsblock zusammenzuschließen.

Was freilich seit der Verkündung der Grundprinzipien des Schuman-Planes geschehen ist und was als Vertragstext ratifiziert worden ist, trägt so sehr die Züge klassischer Quai d'Orsay-Politik, daß eine höchst merkwürdige Konstruktion vor unseren Augen steht und in die Praxis umgesetzt wird. So durchdacht die fachlichen Teile des Vertrages erscheinen, so verständig sie viele Spezialprobleme behandeln, so brutal sind Regelungen dazwischen gesetzt worden, die ausschließlich auf der Denkweise von 1945 basieren und in ein auf fünfzig Jahre bestimmtes Vertragswerk den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten hineintragen. Wenn die westdeutsche Bundesrepublik, die 1950 bereits wieder etwa 41% der gesamten Stahlproduktion und 54% der Kohlenerzeugung aller sechs im Schuman-Plan zusammengefaßten Volkswirtschaften leistete, nur zwei von neun Stimmen in der mit entscheidenden Vollmachten ausgestatteten sogen. „Hohen Behörde" erhielt, so ist das ein Vertragsmerkmal, das in jeder Privatvereinbarung als sittenwidrig bezeichnet werden würde. In der Abgeordneten-Versammlung, die Kontrollfunktionen ausübt, erhält Westdeutschland 18 von 78 Sitzen! Im Gegensatz zum Geist des ursprünglichen Schuman-Planes ist im Schuman-Vertrag eine Quadratur des Zirkels versucht worden – es ist gemeingefährlicher Unsinn, europäische Wirtschaftseinheit anstreben zu wollen, ohne sich zu einer Überwindung der Kriegs- und Nachkriegsatmosphäre zu verstehen. Ein Vertragswerk, das noch so

sehr von Beherrschungs- und Unterdrückungsvorstellungen durchsetzt ist, kann kein brauchbares Instrument der europäischen Zukunft sein.

Wir stehen vor der bitteren Tatsache, daß unter der politischen Atmosphäre der Besatzungsherrschaft in Deutschland ein auf ein halbes Jahrhundert unkündbar laufender internationaler Vertrag ratifiziert worden ist, obwohl in ihm der Grundsatz der Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen europäischen Staaten in den entscheidenden Punkten noch mißachtet wird. Nicht einmal für eine Revisionsklausel ist Sorge getragen worden, die später einmal die juristische Handhabe bieten könnte, im üblichen diplomatisch-politischen Verfahren eine Normalisierung der Vertragsverhältnisse herbeizuführen.

Daß England grundsätzlich beiseitesteht, ist eine weitere bedenkliche Erscheinung. Die Parallele zum Verhalten des Wiener Kabinetts vor über hundert Jahren gegenüber dem Deutschen Zollverein fällt auf: am Ballhausplatz konnte man damals die Entwicklung nicht verhindern und nur erreichen, daß schließlich die kleindeutsche Lösung wirtschaftliche Tatsache wurde. Die Habsburger Staatsmänner ließen sich von dem Irrtum leiten, daß ihr Vielvölkerstaat im Zeitalter der Nationalstaaten erhalten bleiben könne. In London übersieht man heute, daß das weltweite Empire politisch bereits verloren ist und daß die einzig sichere Position, über die England noch verfügt – Zentralafrika – nur durch einen engen Kontakt mit Europa gefestigt werden könnte. Oder muß es unbedingt bei der heute sich anbahnenden „kleineuropäischen" Lösung bleiben, weil England Rücksichten auf Bindungen nimmt, die nicht mehr ernsthaft bestehen?

Wir wollen solchen überholten Begrenzungen gegenüber klar das große Ziel einer gesamteuropäischen Wirt-

schaftsunion ins Auge fassen, die von Schottland bis nach Sizilien, und darüber hinaus zum Kap der guten Hoffnung, und von Gibraltar einmal bis zum Nordkap, und nach Wiederanschluß Rußlands an Europa bis nach Sibirien reichen kann und soll.

Eine neue Schau europäischer Weltstellung tut sich auf, wenn wir solche Ziele durchdenken.

RAUM IM SÜDEN

In keinem Teil der Welt bedeutet Raum und Mangel an Raum soviel wie in Europa. Im derzeitigen nichtsowjetischen Europa leben durchschnittlich 60 bis 80 Menschen auf dem Quadratkilometer – die entsprechende Zahl lautet für die USA: 19 Menschen und für die Sowjetunion: 9 Menschen.

Das Sprechen vom Raum ist keine Phrase, sondern eine Notwendigkeit dort, wo mehr Menschen wohnen, als aus dem Ertrag des verfügbaren Bodens leben können. Im Gegensatz zu den beiden Weltmachtsrivalen ist Europa ein Überschußgebiet an Menschen und ein Zuschußgebiet an Lebensmitteln. Deutschland, das klassische „Volk ohne Raum", konnte ausgehungert werden, Europa muß dieser Gefahr auch ins Auge sehen. Europäische Weltmachtspolitik bleibt ein Torso, wenn sie nicht diesem Tatbestand Rechnung trägt.

Der politischen Zielsetzung Adolf Hitlers lag bekanntlich der Gedanke zugrunde, die Raumnot Deutschlands durch einen Vorstoß nach Osten zu beenden, das Ernährungszentrum der Ukraine an Mitteleuropa anzuschließen und damit letzten Endes auch für den ganzen europäischen Kontinent eine neue Lage zu schaffen. Dieser Vorstoß ist gescheitert und er könnte nur unter einem Risiko wiederholt werden, das die gesamte Existenz aller europäischen Völker aufs Spiel setzen würde. Hitler blickte vor allem

deshalb nach dem Osten, weil hier der einzige landwirtschaftliche Reserveraum lag, von dem Deutschland nicht ebenso abgeschnürt werden konnte, wie es im ersten Weltkrieg bei seinen kolonialen Besitzungen der Fall gewesen war. Für Europa liegen die Dinge offenkundig anders. Hier ergibt sich als fast zwangsläufige Antwort auf die so bedeutungsvolle und brennende Raumfrage der Blick nach dem Süden, nach Afrika.

Die Verbindung dorthin ist ohne Schwierigkeit zu sichern, schon Rom sah einst kein Problem darin, seine Kornkammer am jenseitigen Ufer des Mittelmeeres zu finden. Die Schaffung leistungsfähiger innerafrikanischer Nord-Südverbindungen ist für die heutige Verkehrstechnik nichts anderes als eine reizvolle Aufgabe. Der afrikanische Reichtum an allen Rohstoffen, die Europa als Ergänzung benötigt, ist unermeßlich und bedarf nur weitblickender Bewirtschaftung.

Freilich: Afrikas klimatische Verhältnisse (die sich durch manche wissenschaftlich bereits geprüfte Großvorhaben, wie z. B. die Füllung des Kongobeckens, verbessern, aber nicht grundlegend ändern lassen) sind in großen Bezirken für Europäer ungeeignet. Es wird also nicht etwa Siedlungsraum für Millionen von Europäern zu schaffen sein, sondern einer wohlüberlegten Eingeborenenpolitik bedürfen, um Afrika wirklich für Europa zu gewinnen.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß der mittelafrikanische Raum sich heute schon (oder angesichts der amerikanischen Einflußbemühungen besser gesagt: heute noch) in der Hand europäischer Staaten befindet, deren koloniale Besitzungen in anderen Teilen der Welt nur noch fragwürdigen Wert besitzen. Die europäischen Kolonialbemühungen in Afrika leiden freilich am Fehlen der bedeutenden Mittel, die zu wirklich erfolgreichen großen Maßnahmen erforderlich sind. Die europäischen Staaten waren in den

letzten hundert Jahren zu sehr damit beschäftigt, miteinander Krieg zu führen, als daß sie für Afrika genügend Ideen und Kapital zur Verfügung gehabt hätten. Die europäische Gemeinschaft wird diesen Kontinent erst wieder neu zu entdecken haben.

Die Aktivierung der europäischen Kolonialpolitik im afrikanischen Raum findet eine starke Stütze in der Tatsache, daß sich im Süden des Kontinents ein starker europäisch-bestimmter Staat entwickelt hat. Die kraftvoll emporgestiegene „Südafrikanische Union", in der sich burisch-englisch-deutsche Elemente zusammengefunden haben, wird ein naturgegebener Verbündeter der europäischen Völkergemeinschaft sein. Ähnliches gilt von Ägypten und den nordafrikanischen arabischen Staatswesen, die einer neuen wirtschaftlichen Blüte entgegengehen werden, wenn einmal das gemeinsame europäische Interesse sich auf die verkehrsmäßige und wirtschaftliche Erschließung Afrikas konzentrieren wird.

Ist der Aufbau einer gemeinschaftlichen Verteidigung Europas ein Akt der Notwehr, der uns vor dem politischen Untergang rettet, die Zusammenfassung der europäischen Produktionsschwerpunkte eine Angelegenheit der rechnenden Vernunft, so erkennen wir in der Parole „Afrika" eine Aufgabe, die wirklich eine ganz neue Zukunft eröffnet, die uns aus der Enge befreit, ohne uns in Konflikte zu führen – ein noch offenes Feld für echte Pionierleistungen.

Die Wendung des europäischen Planens von der „Beherrschung der Weltmeere" und von der „Ostland"-Idee zum „Raum im Süden" wird der größte neue Anfang sein, den wir unternehmen.

STAATSFORM UND SOZIALISMUS

Indem wir den Bestand der Nationen als gegeben anerkennen und die These vermeiden, daß ein Bekenntnis zu Europa die Aufgabe bisheriger Zugehörigkeitsgefühle in sich schließe, ja, indem wir die Forderung aufstellen, daß der Dienst an der eigenen Nation gleichzeitig ein solcher für die größere Völkergemeinschaft werden müsse – indem wir alles dies sagen, tritt die Frage der organisatorischen Verschiedenheit der in Europa gültigen Staatssysteme in unseren Gesichtskreis.

Von der britischen monarchistischen Demokratie über den republikanischen Parlamentarismus Pariser Prägung bis zum autoritär-falangistischen Kurs Spaniens sind im Europa von heute mannigfaltige Staatsprinzipe vertreten. Soll es darum gehen, innenpolitische Rezepte allgemeinverbindlich zu machen oder ist es wichtiger, Brücken von Staat zu Staat zu schlagen?

Die Frage aufwerfen heißt sie beantworten: Seit Plato die Forderung aufgestellt hat, es gelte im Staate „die Weisen an die Führung zu bringen", sind die verschiedenartigsten Wege zu diesem Ziele beschritten worden, erreicht wurde es nie. In diesem entscheidenden Punkt haben die Monarchien ebenso versagt wie die Republiken. Wir wissen zwar sehr genau, was Unfreiheit ist – gerade europäische Menschen sind hier sehr empfindlich, sie spüren auch die Unterdrückung und Verletzung

nationaler Ehre und Würde als persönliche Kränkung – „Freiheit" aber hat sich im politischen Dasein der Menschen und Völker als ein ungewöhnlich vieldeutiger Begriff erwiesen. Könnte ein Richterstuhl aufgestellt werden, der die Verhältnisse der individuellen Freiheit zu prüfen und zu beurteilen hätte – er würde wohl in der ganzen Welt kein helles Licht entdecken, sondern nur zwischen halber und ganzer Finsternis zu unterscheiden haben.

Wichtiger erscheint die Frage, ob die staatliche Ordnung einer Nation historisch gewachsen ist und sich in Anstrengungen und Krisen bewährt hat. So gewiß das englische Volk auf sein Unterhaus stolz sein kann, das trotz aller Irrungen und Wirren stets ein nationaler Mittelpunkt gewesen ist, so verständlich erscheint es andererseits, daß die Staaten des romanischen Parlamentarismus, der weniger Ruhm erworben hat, von Zeit zu Zeit zu neuen Organisationsformen suchen, um ihrem Staat Stetigkeit und Kraft zu geben, um etwas mehr „Weise an die Führung zu bringen".

Ein anderes, nicht minder ernstes Problem (Plato konnte es noch nicht vorhersehen) hat sich dem modernen Staate dadurch aufgetan, daß er nicht nur der allgemeinen Zustimmung, sondern auch der aktiven, ja der freudigen Mitwirkung der Massen bedarf. Nicht nur der politische oder militärische, auch der volkswirtschaftliche Erfolg ist in unserer Zeit von einem Zusammenwirken millionenfacher Einzelkräfte abhängig geworden. Ja sogar die Kernfrage alles menschlichen Lebens – Vermehrung oder Aussterben – wird heute nicht mehr durch unwandelbare Gesetze beantwortet, sondern von Millionen Einzelnen willensmäßig entschieden und von dem Ausmaß des Vertrauens beeinflußt, den ein Staat für die Zukunft weckt.

Die soziale Sicherheit der abhängig-schaffenden Menschen und die Aufstiegschance für die Tüchtigen sind die beiden Eckpfeiler, auf denen der moderne Massenstaat ruhen muß, wenn er Vertrauen gewinnen und Zuversicht geben will.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir noch mitten im Zeitalter der Maschine leben und daß die Probleme, die sie für das menschliche Zusammenleben aufgeworfen hat, noch nirgends völlig gelöst sind. Es sind knapp anderthalb Jahrhunderte vergangen, seit mit der Erfindung des automatischen Webstuhles die große Umwälzung aller menschlichen Lebens- und Arbeitsprozesse begann, die heute zwar des revolutionären Elementes entkleidet, aber doch noch nicht völlig abgeschlossen ist. Die Maschine hat sich als Doppelgestirn erwiesen – sie hat die Menschen nicht nur bereichert, sie hat sie auch verarmt, sie hat ihn nicht nur emporgehoben, sondern auch erniedrigt. Sie machte märchenhafte Reichtumsanhäufung und ungewöhnliche Verarmung und hoffnungslose Abhängigkeit möglich. Die marxistischen „Klassenkampf"-Formeln sind zwar längst in ihrer Hohlheit entlarvt worden – aber erst seit die Staaten bemerkt haben, daß der soziale Friede von ihnen organisiert und bewahrt werden muß. Die Millionen der Schaffenden vor einer Enteignung ihres einzigen und größten Besitzes, ihrer Arbeitskraft, durch Arbeitslosigkeit zu bewahren, ist zur Kernaufgabe des modernen Staates geworden. Es gibt noch nicht viele Staatswesen in Europa, die sich ihr gewachsen zeigen, obwohl das Problem der sog. „Vollbeschäftigung", wie es der Volkswirtschaftler nennt, erwiesenermaßen lösbar ist. Auch die Sicherung der Alten und Kranken – nicht nur in charitativer Form – ist eine Aufgabe geworden, der kein moderner Staat sich mehr entziehen kann. Ein ähnlich wichtiger Auftrag des Staates ist die Vermehrung und Sicherung der Aufstiegs-

chancen für alle Tüchtigen. Auch hierzu ist in Worten schon Erhebliches, in Taten aber noch nicht überall etwas geleistet worden.

So unwichtig die Unterschiede in Verfassungsvorschriften zwischen den einzelnen europäischen Staatswesen sein mögen, so ernstlich muß in solchen Kernfragen der europäischen Völkerexistenz die Forderung nach Gemeinsamkeit erhoben werden. Ist eine gewisse Gleichartigkeit der sog. „Soziallasten" als wichtiger Faktor der Preisbildung schon eine Forderung der europäischen Wirtschaftseinheit, so sollte auch das weitergehende einer sozialistischen Grundhaltung für alle europäischen Staatswesen zur Voraussetzung ihrer Teilnahme an der europäischen Gemeinschaft werden. Es kann nicht in dem einen Zimmer des europäischen Hauses soziale Ordnung und im nächsten noch Klassenkampf herrschen. Ein solches Gefälle zwischen Zufriedenheit und Erbitterung in den Herzen der Masse wäre eine ähnliche Gefahr für die Gemeinschaft, wie eine weitere Aufrechterhaltung nationalistischer Streitpunkte.

Das kommende Europa muß nicht nur vernünftig gegliedert, militärisch stark und wirtschaftlich gefestigt sein; es muß auch den Glauben und die Hoffnung und die Zuversicht der Millionenmassen seiner Nationen repräsentieren – nur dann wird es seine volle Kraft entfalten können.

STAATENBUND — BUNDESSTAAT

Die bisherigen Versuche, moderne überstaatliche Ordnungen zu schaffen, sind nicht ermutigend verlaufen. In unserem Jahrhundert sind Völkerbund und UNO am gleichen Punkt gescheitert; weil sie zuviel auf einmal erreichen wollten, haben sie schließlich politisch so viel wie nichts geleistet. Der Mißerfolg lag in der Aufgabenstellung und in der Zielsetzung bereits begründet: wie kann man den Frieden sichern wollen, ohne an die Ursachen der Konflikte heranzugehen, wie will man Richter über Staaten sein, ohne die Macht auch nur eines Staates zu besitzen?!

Die künftige politische Organisation Europas hat in einem Punkt von vornherein mehr Aussicht auf Erfolg: sie beschränkt sich auf die Nationen, die viele Jahrhunderte hindurch die alleinigen Träger und Gestalter der Weltpolitik waren. Es wird also im Rahmen der europäischen Organisation weder das merkwürdige Spiel der hundert „Kleinen" mit einigen Großen oder gar zwischen dem „weißen Mann" und anderen Rassen möglich sein.

Für die Gemeinschaft der europäischen Nationen zeichnen sich von vornherein klare, erfüllbare Aufgaben und Ziele ab – es geht um die Schaffung und Erhaltung eines politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtfaktors, um die Einschaltung einer dritten Weltmacht in das heutige weltpolitische Gefüge.

Dieses Programm ist groß, aber es ist doch nicht zu groß. Es bleibt im Rahmen des Möglichen. Gewiß bedarf es einer langen, stufenweisen, vielseitigen Entwicklung, aber manche der künftigen Weg-Stationen lassen sich heute schon voraussehen. Die Spekulation über künftige Formen des europäischen Zusammenwirkens ist nicht nur möglich, sie erscheint im Dienste einer Klärung der Begriffe sogar wünschenswert.

Es gilt hier zunächst der Satz: „vestigia terrent" – die Form des machtlosen Staatenparlaments schließt sich von selbst aus der Betrachtung aus: es geht gewiß nicht darum, in unserer schon allzu geschwätzigen Welt weitere Redetribünen zu errichten, sondern vor allem um die Schaffung realer Macht. Deren sicherstes Fundament, der zentral gelenkte, klar durchorganisierte Staat napoleonischer Prägung läßt sich freilich angesichts der Existenz europäischer Nationen nicht errichten, auch mit ihrem baldigen Souveränitätsverzicht zugunsten eines Bundesstaates kann nicht rechnen, wer die europäische Vergangenheit und Gegenwart nüchtern beurteilt.

Als durchaus realisierbares und als erste Station gewiß ausreichendes Ziel ergibt sich die Form eines Europäischen Staatenbundes, auf dessen Bildung und solide Begründung sich alle Bemühungen konzentrieren sollten. Statt in uferlosen Phantasien zu schwelgen, sollte man lieber sorgfältig prüfen, wieviel noch zu leisten ist, um schon dieses Ziel zu erreichen. Die ganze Problematik der europäischen Gegenwart wird nämlich fühlbar und bedarf der Lösung, wenn auch nur ein Staatenbund gebildet werden soll. Was wäre eine solche Institution, wenn ihrer Begründung nicht eine gründliche Klärung aller territorialen und sonst ernsten zwischenstaatlichen Streitfragen vorausginge?! Nur ein unter dem Aspekt einer endgültigen und bleibenden Regelung geschaffenes europäisches Friedensinstrument

kann die Gewähr dafür bieten, daß der Europäische Staatenbund nicht schon in seiner Geburtsstunde Risse und Sprünge zeigt. Er soll doch der machtvolle Repräsentant einer von außen her nicht zu sprengenden Einheitsfront werden!

Dies – nichts anderes – ist die Aufgabe des Staatenbundes und darauf allein sollten seine Einrichtungen, Rechte und Pflichten abgestellt sein. Nach solcher Regel ergibt sich von selbst, daß der Staatenbund nur geringe Funktionen innerer Natur, dagegen sehr beträchtliche hinsichtlich der Vertretung der europäischen Staaten gegenüber allen außereuropäischen Regierungen erhalten muß. Machtpolitische Verhandlungen und Abreden sollten nicht mehr mit europäischen Einzelstaaten, sondern nur noch mit der Politischen Behörde des Staatenbundes geführt werden können, der sich in diesem Punkte am meisten der Form des Bundesstaates nähert. Es sollte sich ein klarer Unterschied zwischen innereuropäischer Politik und europäischer Außenpolitik herausbilden. Die erstere zielt auf die Festlegung der Richtlinien für das gemeinsame Vorgehen, und bleibt deshalb Sache der Nationalstaaten, die letztgenannte aber dient der wirkungsvollen Durchsetzung dieser Programme und kann nur Aufgabe des Staatenbundes sein, der ja auch militärische und wirtschaftliche Zentraleinrichtungen nötig haben wird.

Solche Perspektiven entwickeln heißt, sofort die Kernfrage aufwerfen: wie soll der Einfluß auf diese so wichtigen gemeinsamen Einrichtungen national verteilt werden? Die beim Völkerbund, bei der UNO und in Durchführung des Schuman-Planes entwickelten Verfahren haben sich weder als überzeugend noch in der Praxis als geglückt erwiesen. Für den Europäischen Staatenbund müssen objektivere Methoden der Einflußnahme gesucht und gefunden werden, wenn es zur nötigen Klarheit der

Entscheidungen und zur Unterordnung der jeweiligen Beschluß-Gegner kommen soll. Es sollten also keine verschiedenen Gremien (für die „Großen" und für die „Kleinen") gebildet und es sollte kein schematisch-ungenaues Stimmenbild zugelassen werden. Jede beteiligte Nation sollte einen hervorragenden Repräsentanten entsenden können, dessen Einfluß im Stadium der Beratung von der Kraft seiner Persönlichkeit bestimmt wird, während ihm für den Beschluß soviel Stimmen zur Verfügung stehen sollen, als er Bevölkerung vertritt. Dies Verfahren allein entzieht sich der kritischen Diskussion – es lassen sich gemeinsame Daten, Methoden und Überwachungsmaßnahmen für die Volkszählungen festsetzen – nach ihrem Ergebnis sollte sich der Einfluß jedes Staates auf die Beschlüsse regeln und verändern. Das Umständliche des Verfahrens wirkt darauf hin, daß nur wirklich grundsätzliche Fragen auf dem Wege des verbindlichen Beschlusses geregelt werden, die Wucht der Stimmenzahl, die in die Waagschale gelegt wird, verleiht dem Ergebnis überzeugende Kraft.

Die Organisation der Streitkräfte nach dem Prinzip der Nationalarmeen macht ein militärisches Oberkommando nicht überflüssig. Nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten müssen Ausrüstung und Ausbildung der Truppe geordnet werden, auch gemeinsame Übungen sind unerläßlich, wenn eine wirklich wirksame europäische Verteidigungskraft entstehen soll. Die Einflußverteilung im militärischen Oberkommando wird sich zweckmäßig nach der Stärke der militärischen Einheiten bemessen, die der einzelne Staat unter Waffen hält.

Auch für die dritte, die Europäische Wirtschafts-Behörde wird das Persönlichkeits-Prinzip hinsichtlich der nationalen Vertreter und das Leistungs-Prinzip hinsichtlich ihres Einflusses auf die verbindlichen Beschlüsse zur

Geltung gebracht werden können. Objektiv, allgemein sichtbar und mit der Veränderung von Verhältnissen auch automatisch und ohne Diskussion veränderlich müssen die Gewichte des nationalen Einflusses in jeder Zentralbehörde des europäischen Staatenbundes verteilt werden – es darf um ihretwillen keine Streitpunkte geben, wenn sie funktionieren und Autorität gewinnen sollen.

Ein Europäisches Parlament, von dem die europäischen Parlamentarier (nicht die Völker) gerne träumen, wird zum sachlichen Bedürfnis erst, wenn der nächste Schritt: vom Staatenbund zum Bundesstaat getan werden und eine Art europäischer Regierung geschaffen werden kann. Beides setzt ein weit fortgeschrittenes Zusammenwachsen der europäischen Völker zur „Nation Europa" und eine überzeugende Bewährung des Staatenbundes voraus. Erst die voll erlebte Gemeinsamkeit, erst der Eindruck bedeutender Leistungen, das Durchleben ernster Krisen kann die Bereitschaft zu noch tiefer greifenden Veränderungen begründen, als sie die Bildung des Europäischen Staatenbundes schon darstellt. Gewiß, die Nation, der Bundesstaat Europa werden kommen, weil unser ganzes Schicksal darauf hinstrebt – aber wir dürfen um der fernen Ziele willen nicht vergessen, zunächst das Näherliegende zu leisten.

Die europäischen Probleme müssen heute mit dem Willen zum nächsten Schritt und mit ebenso kühnem wie praktischem Verstand angepackt werden. Nicht an die paar hundert europäischer Schwätzer, die seit einigen Jahren die Europa-Idee schon fast zugrunde geredet haben, ergeht der Ruf, sondern an die Kräfte, die die Notwendigkeit europäischer Wiedergeburt und die realen Möglichkeiten neuer Machtbildung fest umrissen erkennen.

Bismarck, der Schöpfer des Deutschen Reiches von 1871, hat die Redner-Ideale der Paulskirche von 1848 im

entscheidenden Punkt Wirklichkeit werden lassen – aber nur dadurch, daß er in der Welt der Realitäten lebte und hier das Entscheidende tat! Der Eiserne Kanzler – wie man ihn nannte – hat den Fragen der staatsrechtlichen Konstruktion zwar die ihnen zukommende Bedeutung, aber doch nicht das Hauptgewicht beigemessen. Sein Satz: „Setzen wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können", ist damals berühmt gewesen.

Auf dieses „In-den-Sattel-Setzen" kommt es heute für Europa an.

DIE POLITISCHE AUFGABE DER GENERATION DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Nicht nur bei den Besiegten, auch bei den Siegern gilt die Regel, daß jene, die einen großen Krieg ausgekämpft haben, sich, in die Heimat zurückgekehrt, zunächst aus den Bereichen der politischen Entscheidungen ferngehalten sehen. Im Zuge der Umstellung vom Kampf zu neuer staatlicher Ordnung ist es begreiflich, daß vor allem nach Politikern gesucht wird, die mit dem zu Ende gegangenen Kriege wenig oder nichts zu tun hatten.

Das braucht nicht immer und unter allen Umständen falsch zu sein. Die heimgekehrten Krieger, die noch von der Leidenschaft des Erlebten erfüllt sind, nehmen solche Tatbestände zunächst widerspruchslos hin, so wie sie sich ihnen darbieten. Sie sind zufrieden damit, zunächst einmal zu sich selbst zurückzufinden und sie müßten nicht Soldaten sein, wenn sie nicht zögern würden, nun in die Arena politischen Gefechtes und der Schlachten des Wortes herabzusteigen.

Freilich: die Zeit, die große Veränderin aller Verhältnisse, ist auch hier am Wirken. Der Soldat hat klare Augen nach Hause gebracht und er beginnt bald, sie auch politisch zu gebrauchen. Er unterscheidet mit scharfem Blick zwischen dem Geflecht der Phrasen, die ihm von den Tribünen mitgeteilt werden und dem nüchternen Bild der Tatsachen, die zu erkennen er in harter Schule gelernt hat.

Die Generation eines Krieges reift in jüngeren Jahren zum Recht und zur Fähigkeit politischer Verantwortung. Was immer zwischen dem aufwühlenden Ereignis eines Krieges und dem Eintritt der Kriegsgeneration in den Bereich der politischen Entscheidungen sich vollzieht, trägt Übergangscharakter. Es könnte ein Merkmal staatsmännischer Klugheit sein, diese Zwischenzeit ohne Hast, aber doch in planvoller Entwicklung abzukürzen und denen, die dem Staate auf Tod und Leben besondere Dienste geleistet haben, Zug um Zug einen immer stärkeren Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen. In den Schlachten eines großen Krieges wird ein besonderes Mitbestimmungsrecht erworben, das sich in keiner Verfassung niederlegen läßt und doch als ungeschriebenes Gesetz in allen Völkern Geltung hat.

Das heutige Bild Europas wirkt bei solchem Ausblick nicht ermutigend: die Generation des Zweiten Weltkrieges steht noch allenthalben vor verschlossenen Toren und es sieht nicht so aus, als ob sie irgendwann einmal freiwillig geöffnet würden, obwohl dieser Vorgang – auf lange Sicht – ja gar nicht vermeidbar ist. Man hätte meinen sollen, daß das Beispiel des Deutschland von 1933 lehrreich genug gewesen sei: damals stürzte sich die anderthalb Jahrzehnte hindurch künstlich angestaute Kraft der Frontgeneration des Ersten Weltkrieges lawinenartig über den Staat. Wäre es nicht klüger, schon vor einer solchen revolutionären Zusammenballung immer öfter und schließlich ganz das Wort denen zu geben, die es sich verdient und die auch etwas zu sagen haben?!

So wie die Dinge heute in Europa liegen, zeigt sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Kabinette der Alten, die heute die Entscheidungen treffen, nach einem etwaigen Wegfall der amerikanischen „Europa"-Bemühungen sich wieder in wirklichkeitsferne Beratungszimmer verschanzen

und die zwingende Notwendigkeit europäischer Machtentwicklung so lange vergessen werden, bis neue amerikanische Forderungen oder gar sowjetische Bomben sie aus dem Dämmer ihrer Eigenbrötelei wieder aufscheuchen werden.

Die Hoffnung auf ein starkes Europa, das errichtet werden muß, wenn sich unser Weg in die Zukunft fortsetzen soll, gründet sich fast ausschließlich auf das Wissen, daß in allen europäischen Nationen eine zähe und kräftige junge Generation, die Generation des Zweiten Weltkrieges, noch hinter den Kulissen steht und daß sie im Laufe der nächsten Jahrzehnte mit Gewißheit die Bühne der großen Entscheidungen betreten wird.

Die meisten Soldaten des Zweiten Weltkrieges haben eine europäische Idee vor Augen gehabt, als sie an den Fronten kämpften – die einen unter der Fahne Adolf Hitlers, weil sie glaubten, sie bedeute den Sieg des Abendlandes, die anderen gegen ihn, weil sie meinten, seine Herrschaft bedeute das Ende Europas.

Von keinem läßt sich sagen, daß er Recht und von keinem, daß er Unrecht hatte – es soll uns in Zukunft nicht mehr bekümmern, unter welchen Vorzeichen diese Generation gekämpft hat, daß sie geglaubt und für ihren Glauben Opfer gebracht hat, gibt ihr das Recht und die Kraft, die Zukunft zu gestalten.

Aus Feinden von gestern können Freunde von morgen werden, wenn sie nur beide aus dem Lager ehrlichen Glaubens und überzeugter Tapferkeit kommen. Auch hier hat die Generation des Zweiten Weltkrieges nur eine Tradition der europäischen Geschichte fortgesetzt. Die Ziele und Ideale, um derentwillen die Leidenschaften der europäischen Völker sich im Laufe der Jahrhunderte entzündeten, waren von verschiedensten Inhalten, ja sie haben sich oft kraß widersprochen: Die Deutschen haben sich

einst der Reformation verschrieben, die Spanier der Rekatholisierung, die Engländer haben die Demokratie entwickelt, die Italiener den Faschismus. Welche Gedanken und Thesen immer es sein mögen: sobald europäische Menschen in ihrer Tat-Leidenschaft sich ihrer bemächtigten, wurden sie historisch wichtig! Es scheint dabei gar nicht von Bedeutung zu sein, um welche Inhalte (oder auch: um welche Irrtümer) es geht oder ging: die europäischen Menschen waren und sind bereit, für eine geglaubte Wahrheit, ja oft nur für eine imaginäre Hoffnung, mit dem ganzen Gewicht starker Seelenkräfte, ja mit der Bereitschaft der Selbstaufopferung einzutreten. Das war oft ein Verhängnis, aber es fehlte ihm nie die innere Größe.

Englands Kampf um Karthum, Frankreichs Ringen um Verdun, Spaniens Alkazar-Verteidigung, Deutschlands hoffnungslose Schlacht um Berlin – das sind Ereignisse nur eines knappen Jahrhunderts; in ihnen allen klingt die gleiche Sprache.

Solange in Europa Ideen geprägt und Ziele erstrebt werden, für die eine Jugend bereit ist zu singen: „Die Fahne ist mehr als der Tod...", solange wird Europa leben. Wo es um Sein oder Nichtsein, um letzten Einsatz für ernste Pflichten geht, da scheiden sich die Menschen nach ihrem seelischen Wert: die Tapferen treten hervor, und die Aufrechten werden sichtbar. Das gibt ihnen noch lange nach dem Bersten der letzten Granaten Autorität und Kraft.

Europa wird sich als eine Gemeinschaft der Tapferen und Aufrechten zusammenfinden oder es wird sich nie wieder erheben.

*

Die Wiederbegründung und Neuformung europäischer Macht, die die Forderung unserer Zeit und die politische

Aufgabe der aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrten Generation ist, wird auch zu ihrem ernstesten Anliegen den entscheidenden Beitrag liefern:

Alle Formeln von einer „Ächtung" des Krieges haben sich als wirkungslos erwiesen, den Zweiten Weltkrieg haben sie jedenfalls weder verhindert noch menschlicher gestaltet. Erst wenn in unserer aufgeregten Welt wieder klare Verhältnisse geschaffen werden, erst wenn wieder ein politischer Faktor von so überzeugender Stärke in Erscheinung tritt, daß menschliche Streitlust, alle Raubgier, aller Ehrgeiz sich an ihm gar nicht erst versuchen, weil das Scheitern gewiß ist, erst wenn es gelingt, eine solche Macht zu errichten (sie läßt sich nur in Europa, nur durch die Europäer aufbauen) – dann mag wirklich der alte gemeinsame Traum aller europäischen Völker sich erfüllen, der die Stürme waffenklirrender Jahrhunderte überlebt hat und auch in uns Menschen des Flugzeug- und Atomzeitalters weiterschlummert. Dann mag der nie erstorbene abendländische Völkerglaube vom „kommenden Reich des Friedens" doch noch Wirklichkeit werden.

*

Der Weg zu solchen Zielen ist langwierig, steinig und gefahrvoll. Er fordert Kraft, Ausdauer und zähen Willen.

Daß wir die Kraft besitzen, gemeinsam wieder Weltmacht zu werden – darüber kann es selbst für den Skeptiker keinen Zweifel geben.

Ob wir die Ausdauer aufbringen, steht schon eher in Frage, aber auch dies erscheint nüchternem Urteil nicht unmöglich.

Der schwächste Punkt jedes europäischen Programms war bisher der fehlende Wille!

Wann werden die Deutschen, die Franzosen, die Engländer, die Spanier, die Italiener und alle anderen An-

gehörigen der so seltsam aufeinander angewiesenen und doch immer wieder auseinanderstrebenden europäischen Völkergemeinschaft begreifen, daß die Weltmacht Europa zunächst gewollt werden muß – nicht nur in Furcht und Angst vor drohenden Gefahren, sondern in Hoffnung und Entschlossenheit zu neuem Aufstieg.

Im Anfang war der Wille.

Dieser Anfang muß erst noch gemacht werden.